

und französische Parlamentarier zu gemeinsamer Beratung vereinten. Nicht nur die Sozialisten beider Länder sollten zusammenkommen — dies war ja ein Leichtes —, sondern die Sozialisten sollten sich bemühen, auch möglichst viel bürgerliche Abgeordnete beider Nationen an einen Beratungstisch miteinander zu vereinen und für die Idee der friedlichen Verständigung zu gewinnen.

Dies gelang in so hohem Maße, daß auf der letzten Konferenz Abgeordnete so verschiedener Parteien beider Länder vereint waren, daß tatsächlich die Mehrheit beider Parlamente vertreten war. Wer sich daran erinnert, wie kalt und ablehnend das Verhältnis der beiden Länder zueinander bis dahin gewesen war, der wird in jenen Bestrebungen einen hoffnungsvollen glückverheißenden Anfang erkennen.

Es war zu früh! Heute müssen sich Vertreter bürgerlicher Parteien von beiden Seiten unter traurig veränderten Verhältnissen bemühen, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen.

Zwischen Frankreich und Deutschland lag als Zankapfel Elsaß-Lothringen. Eine demokratische Autonomie dieses Landes innerhalb des Deutschen Reichs schien damals allen französischen Kriegsgegnern eine hinreichende Garantie für die Sicherung des Friedens. Aber diese demokratische Autonomie, die uns das Elsaß hätte retten können, widersprach dem Prinzip der Monarchie und der Junkerherrschaft, die auf dem preussischen Dreiklassenwahlrecht aufgebaut war. Frank warf sich mit Ungestüm in den Kampf für Elsaß-Lothringen. Die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts an dieses Land — die aber nicht mit einer bundesstaatlichen Verfechtung verbunden war — war ein Wert, an dem er den wichtigsten Anteil genommen hatte.

Das Haupthindernis für den Fortschritt der sozialistischen Arbeiterbewegung, für ihre Wirtschaft und Weltpolitik neugefalteten Ideen, war und blieb das preussische Dreiklassenwahlrecht, dessen Wirkungen über das ganze Reich hinausstrahlten. Der Besitzlose war politisch minderen Rechts, der Sozialist so gut wie rechtslos, das Sozialistengesetz lebte in der Verwaltung weiter, nachdem es in der Gesetzgebung längst gefallen war.

Die sozialistischen moralische Rechtfertigung seines Verhaltens zog das preussische Junkertum aus der sogenannten „Staatsfeindschaft“ der Sozialdemokraten, als deren Symbol die alljährliche Etatsverweigerung galt. Frank sah darin eine veraltete, zwecklos gewordene Geste und trat, mit vielen anderen süddeutschen Genossen gemeinsam, für die Etatsbewilligung ein. Die Etatsbewilligung war für Frank eine Waffe im Kampf um die Demokratie.

Inzwischen gestalteten sich die europäischen und die innerdeutschen Verhältnisse immer kritischer, es war keine Zeit zu verlieren. Frank rief zu einem letzten Sturm. In einer denkwürdigen Versammlung in Wilmersdorf im Jahre 1913 forderte er die Partei auf, im Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht die Waffe des Massenstreiks zu ergreifen. Er drang mit diesem Vorschlag nicht durch, weil die Massen leider noch nicht reif genug waren, die großen geschichtlichen Zusammenhänge zu erkennen. Eine innere Umwälzung in Deutschland hätte die Welt vor dem Krieg, Deutschland vor der Niederlage retten können.

So kam der Tag, an dem alles zusammenbrach. Wer kann glauben, daß gerade Frank ihn lauchend erlebte, gerade er, der sein ganzes Werk in Trümmern gehen sah! Aber sein unbeflegbarer Optimismus sah jenseits der Ruinen das neu erstehende Europa und die Pflicht der Sozialisten, ihm das Gepräge ihres Geistes aufzudrücken. Einer sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die aus freiem Willen das eigene Land verteidigt hatte, konnte keine Macht der Welt mehr die Gleichberechtigung vorenthalten. Jenseits des großen Grauens lag nun endlich erreichbar das hohe sehnlichst erstrebte Ziel der deutschen Demokratie, die dem Sozialismus und dem dauernden Weltfrieden die Pforten öffnete.

Arbeiterchaft und Medizin.

Von Dr. med. Robert Rary, Berlin.

In diesem kurzen Aufsatz will ich nur auf einige Probleme eingehen, die beweisen, wie sehr die sogenannte freie medizinische Wissenschaft noch von den Fesseln der bürgerlichen Ideologie umfassen ist und sich zur Wehr der herrschenden Klasse macht.

Wir wollen beginnen mit der Hygiene der Ernährung. Allen Proletariern wird noch in Erinnerung sein, wie während der glorreichen Zeit aller Orten dem dorrenden Volk erzählt wurde, daß die bei der Rationierung gekosteten Lebensmittel vollumfänglich genügen würden, ja, daß die Hungerkur dem durch den angeblich übermäßigen Fleischgenuß in der Friedenszeit überfüllten Volk eine neue Gesundheit geben würde. Ueberall wurde mit dem Rubner-Bolschen Ernährungsindezes hausernen gegangen. Seit über 40 Jahren keine Berechnungen und Untersuchungen in einer Zeit angestellt, als Deutschland begann, Industrieland zu werden und das Proletariat durch Beschäftigung mit kleinen Grundstücken noch mit der Scholle verwaachsen war. Wie hervorragend die Kriegsernährung den menschlichen Bedürfnissen entsprach, beweist die Mehrsterblichkeit während des Krieges unter der Zivilbevölkerung, die während der Jahre 1915 bis 1918 763 000 Menschen (unter Ausschluß der Grippeopfer) betrug. Geradezu furchtbar misst einen das Gebahren der deutschen verantwortlichen Stellen an, wenn man bei Gelegenheit wieder einmal die Plakate und Erlasse über die Nährkraft der Brennnesselblätter, den Nährwert des voll ausgemahlten Brotes, über die unausgeglichenen Fettmengen in gekochten Knochen usw. liest. Alle diese Tollheiten wurden von dem kaiserlichen Gesundheitsamt mit einem wissenschaftlichen Mantel behängt. Daß die von der Regierung unter süßschmeichelnder Billigung der bürgerlichen Ärzte als genügend ausgesparte Mindestmengen nicht einmal zum Vegetieren ausreichte, beweist die ungeheure Sterblichkeit in Gefängnissen und Arrenanstalten. Erst nach dem Stalbad fing das Wehgeschrei der deutschen Wissenschaft über die Unterernährung an, um aber gehorsamst zu verstummen, als die Agrarier und die Großindustrie mit der Einführung von Schutzzöllen für die wichtigsten Lebensmittel auf den Plan traten.

Ein anderes Kuhnheitsblatt der bürgerlichen Medizin ist ihr Verhalten bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Die bürgerlichen Ärzteorganisationen waren es, die durch ihre demagogische Hege den Reichstag bewegen, dem vom Reichstag angenommenen Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Zustimmung zu verweigern, da es einen Abfall enthält, nach dem Selbstpersonen unter Aufsicht des Arztes auch Geschlechtskrankheiten behandeln dürften. Der Hauptgrund, dieses Gesetz zu Fall zu bringen, war die darin ausgesprochene Aufhebung der geschlichen Anerkennung der Prostitution und die Entziehung dieser Opfer der bürgerlichen Gesellschaft aus der politischen Aufsicht und ihrer Unter-

Nicht als Soldat des Kaisers, sondern als Vorkämpfer eines freien Deutschland zog Ludwig Frank freiwillig ins Feld. Er war ein so großer Patriot, wie es nur ein internationaler Sozialist sein kann, der das Lebensrecht aller Völker anerkennt und darum auch nicht das des eigenen vergißt. Internationalismus war für ihn die Harmonie aller Patriotismen der Welt.

Den blutigen Strom hatte er mit jungen kräftigen Armen einzudämmen versucht. Als der Damm riß, sprang er hinein, um das Ufer zu gewinnen — nicht für sich, sondern für kommende Geschlechter, die sich des Glücks, der Freiheit und des Friedens erfreuen sollen.

Die Stadt Mannheim weih ihm heute ein Denkmal. Die deutsche Republik hat noch keines für ihn!

Hedwig Wachenheim hat in einem Band, der soeben im Verlag für Sozialwissenschaften erschienen ist, Reden, Aufsätze und Briefe Ludwig Franks gesammelt. Das Bild einer bedeutenden und liebenswerten Persönlichkeit, das sich aus seinen eigenen Äußerungen ergibt, wird durch eine biographische Einleitung wirkungsvoll ergänzt und plastisch gestaltet. So ist ein Buch entstanden, das nicht nur für die Freunde des Toten ein Denkmal der Erinnerung, sondern auch für die Historiker eine wertvolle Quelle ist. Eine vergrößerte, billigere Jugendausgabe, die gleichzeitig veranstaltet wurde, entspricht ganz dem Geist dessen, dem sie gilt, des Führers der „Jungen Garde“.

Ludwig Frank gehört dem Volk, den Arbeitern und der Jugend. Was von ihm geblieben ist, ihnen gegeben zu haben, ist ein hohes Verdienst.

Deutschnationale Aengste.

Ein Eingeständnis der „Kreuzzeitung“.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte gemeldet, daß die Aktion der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage auf Schwierigkeiten gestoßen sei und daß vor der Hand keine weiteren Schritte zu erwarten seien. Dazu bemerkt die „Kreuzzeitung“:

„Reicht Deutschland weiter so — milde gesagt — schüchtern, so kehrt es geradezu verzweifelt mit uns.“

Das ist ein recht interessantes Eingeständnis. Es ist kein Geheimnis, daß die Erklärung der Reichsregierung im Auslande böses Blut gemacht hat. Geht die Regierung den in der Schuldfrage beschrittenen Weg der Unbefonnenheit und der Kurzsicht weiter, so ist vorauszu sehen, daß sich die mühsam erreichte Verständigungspolitik sehr bald in einer Sackgasse verläuft. Die Deutschnationalen aber wollen die Regierung auf diese falsche Bahn stoßen, weil es sonst „geradezu verzweifelt“ mit ihnen steht! Ein Grund mehr für die Mittelpartei, mit den Deutschnationalen eine Bürgerblockregierung zu bilden!

Das vielleicht nicht ganz freiwillige Eingeständnis der Deutschnationalen hat seine Hintergründe. Im deutschnationalen Gebälk kriecht es nämlich ganz bedenklich. So wird gemeldet, daß sich im Potsdamer Wahlkreis des Herrn Westarp Abspaltungsbewegungen bemerkbar machen. Im Wahlkreis des Reichspräsidenten Wallraf, Hannover-Süd, sieht es ähnlich aus. Dort vertritt der engere und erweiterte Vorstand des Landesverbandes trotz aller Beschwichtigungsversuche des Reichspräsidenten einmütig die Ansicht, daß es bei der Abstimmung nicht zu einer Spaltung der Reichstagsfraktion hätte kommen dürfen. Er sprach den Reinsagern der Fraktion einstimmig den Dank und das weitere Vertrauen des Landesverbandes aus, woraus Wallraf und die Befürworter sich ihren Vers machen können. Noch schlimmer rechnet dem Bezirksverband Wittweida mit der Partei ab. Er spricht dem Abg. Hoehsch und der Parteileitung ein Mißtrauensvotum aus und beantragt die baldige Einberufung eines Parteitag.

stellung unter das Fürsorgeamt. Das war den Arztführern, die fast ausschließlich den Rechtsstreifen angehören, wohl bekannt, aber die ärztliche Standesehre, die ein Gesetzesprodukt bürgerlicher Geirne ist, konnte nicht gestatten, daß Menschen, die nicht das Gymnasium besucht und nicht studiert hatten, auch nur den Schein einer ärztlichen Tätigkeit ausüben dürften.

Am meisten aber tritt die innere Unmoralität der bürgerlich medizinischen Wissenschaft in ihrer Stellungnahme zum Problem des künstlichen Aborts (Fehlgeburt) zutage. Den führenden Ärzten ist wohl bekannt, daß ein Gesetz, das jährlich 300 unglückliche Frauen und Mädchen zu Gefängnis und Zuchthaus verdammt, während ungefähr fünfmal hunderttausend, die geschickter sind oder über die nötigen Geldmittel verfügen, kraßlos ausgehen, niemals als ein soziales Gesetz, das im Rechtsbewußtsein des Volkes ankert, zu bezeichnen ist. Obwohl die Ärzte wissen, daß Tausende von diesen Frauen, die von Polen die Abtreibung vornehmen lassen, für immer dem Siedehum verfallen, können sie es mit ihrer Eitelkeit vereinbaren, daß das Gesetz aufrecht erhalten wird. Denn keine Aufhebung würde ernstlich auf die breiten Massen wirken, wie sie so gern behaupten. Denn sie sind Hüter einer Eitelkeit, die der reichen Frau gestattet, für Geld sich die Frucht abnehmen zu lassen, wenn es ihr gefällt, die Proletarier aber zwingt, ihrem Namen (proles heißt Rasse) Ehre zu machen und immer fortzuehend die große Masse im Elend vegetieren zu lassen.

Das sind nur einige Streiflichter auf die medizinische Wissenschaft, die uns zeigen, wie sie der herrschenden Klasse, von der sie unterstützt wird, aus deren Kreise ihre Vertreter kommen, Schergen Dienste leistet. Der Kern des Problems ist es aber, daß das Proletariat durch das Bildungsmonopol von der Wissenschaft ausgeschlossen bleibt. Eine Besserung ist nur zu erwarten, wenn die Ärzte nicht mit sozialem Empfinden, denn das behaupten auch die Deutschnationalen zu besitzen, sondern mit sozialistischem Denken erfüllt werden. Daß das in absehbarer Zeit noch nicht der Fall sein wird, beweist die Einstellung der Ärzteschaft zur Sozialversicherung. Wenn die jetzige Ärzteschaft sich auch nicht zu sozialistischem Denken durchringen wird, so kann sie doch durch ein machtvolles Zusammenstehen des Proletariats gezwungen werden, nicht mehr antisozialistisch, d. h. volksfeindlich zu handeln und ihre Klassenurteile als Ausfluß der freien Wissenschaft auszugeben.

„Gefinnungstheater“?

Der Dichter Franz Dülberg hat kürzlich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen kleinen Aufsatz „Die Gefahr des Gefinnungstheaters“ veröffentlicht, der sich gegen die Organisationen der Theaterkonfessionen wendet. Die Redaktion des Blattes unterstreicht diese Tendenz noch in einer kurzen Vorbemerkung und kündigt an, darauf zurückzukommen zu wollen. Der Eifer des Dichters um die Reinhaltung des Theaters von außerkünstlerischen Elementen ist zweifellos

Ein weiterer Grund für den Stößel der „Kreuzzeitung“ ist eine offizielle Erklärung der Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Freiheitspartei an den Vorsitzenden der Deutschnationalen, in der mit einer rücksichtslosen Agitation in der „vaterländischen“ Bewegung und in allen den Deutschnationalen nahestehenden Verbänden und „vaterländischen“ Organisationen gedroht wird. Wie es heißt, hat Abg. Ludendorff seinen Fronting nicht ohne Absicht gerade in diesem Augenblick gegründet. Er soll die Deutschnationalen allmählich erdroffeln, und Ludendorff hofft, auf diese Weise allmählich maßgebenden Einfluss auf die Deutschnationalen zu gewinnen. Was Wunder, wenn den Deutschnationalen angesichts dieser Tatsachen etwas blüherant zumute wird!

Und mit diesen Deutschnationalen, die den Spaltplatz im Reibe und die deutschösterreichische Best im Rücken haben, sollten die Mittelpartei einen Bloß zwecks Durchführung der Dawes-Gesetze bilden? Ein bißchen Naivität ist ja ganz schön, aber das Ausmaß, das hier verlangt wird, ist polizeiwidrig.

Warum?

Deutschnationale Elegien.

Voraus ein findiger Deutschnationaler nicht verfallt! Zumal wenn er zu den 49 Proz., der Beinahehälfte gehört, die auf Kommando und durch das Schicksal des blinden Loses bestimmt, auch anders können und Ja sagen mußte. Denn nun, nach geschener Tat, kommen die gemeinen Parteifolken und fragen: warum? Warum habt ihr mit Ja gestimmt, mit Ja für das zweite Versailles? Soll er sagen: ich gehorchte dem Los, wie es mich traf! Das muß verschwiegen sein, und darum Gründe her! Gründe erzählen sie nun, und die sind danach.

Zuerst Herr Strathmann, Theologe und Universitätsprofessor aus Erlangen. Der sagt — in der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ —, seine Ueberzeugung und sein Urteil über die Dawes-Gesetze habe sich in keinem Punkte geändert, aber — und nun kommt das Aber —, aber er habe Angst gehabt, ganz einfach Angst!

„Die Wahlen hätten unter dem Druck des Fortbauern der Besatzungsqualen, der Ricum-Verträge, der innerdeutschen Verteilungskämpfen, der Beibehaltung der Rüge, der Nichtbefreiung unserer Gefangenen, der Gefahr neuer separatistischer Bewegungen im Rheinland gestanden. Dafür hätte man die Deutschnationalen verantwortlich gemacht. Auch im übrigen Deutschland hätte ihre Sache schlecht gestanden. Denn man hätte sie verantwortlich gemacht für die Fortbauer und Steigerung der Kreditnot, der Arbeitslosigkeit, des Elends aller Art. Die Angst vor dem Kommen und die Hoffnung auf Besserung bei Annahme der Gesetze hätten zwar nicht unsere Organisation gefährdet, wohl aber die Stimmung der Masse beherrscht.“

Angst ist immerhin noch ein Grund, der sich hören läßt! Aber nun die, die sich nicht auf die Angst herausreden wollen! Für die hat ein gewisser Prinz Friedrich Wilhelm zur Lippe in der „Deutschen Zeitung“ eine wunderbare Erfindung gemacht. Er hat nämlich plöthlich entdeckt, daß es in Deutschland außer Deutschnationalen auch noch andere Menschen gibt und findet darin einen herrlichen, wenn auch etwas metaphysischen Entschuldigungsgrund für die Beinahe-Luther-Nachahmer der Deutschnationalen Reichstagsfraktion: „Wenn irgendein Ereignis, so hat die Abstimmung vom 29. August gezeigt, wie dringend notwendig es ist, daß die Deutschnationalen bestimmenden Einfluss in der Reichsregierung erhalten. Denn die geteilte Abstimmung dieser Fraktion ist nichts anderes als ein Spiegelbild des deutschen Volkes.“

Was die Regierungschmerzen der Deutschnationalen mit dem deutschen Volke zu tun haben, ist eine Sache für sich, aber die Abstimmung der Deutschnationalen als Spiegelbild des deutschen Volkes ist wirklich eine ganz wunderbare Erfindung und eröffnet die herrlichsten Aussichten.

Zum Beispiel: wenn nächstens über einen kommunistischen Antrag im Reichstag abgestimmt wird, werden von den

anerkanntem Wert. Aber Dülberg geht von falschen Voraussetzungen aus und kommt dadurch zu falschen Schlussfolgerungen.

Es mag dahingestellt bleiben, wie weit seine Vorwürfe gegen den „Bühnenbund“ zutreffen, der ja selbst „gläubig und sicher“ auf christlich-nationalem Boden zu stehen versteht. Verfehlt sind sie aber unbedingt gegen die Volksbühne. Schon die dreieinhalb Jahrzehnte alte Geschichte der Volksbühne dürfte erkennen lassen, daß der Javad dieser Organisation nicht die dramatische Verherrlichung des „Befreiungskampfes des Proletariats“ ist, und daß in den Darbietungen der Volksbühne nicht die Pflege einer bestimmten Gesinnung an Stelle reiner Kultur angestrebt wird. Abgesehen davon sind aber auch unter den Mitgliedern der Volksbühne die verschiedensten Gesellschaftsrichtungen, Weltanschauungen und politischen Richtungen vertreten.

Das Ziel der Volksbühne ist vielmehr der Kampf gegen das im wesentlichen von Geschäftsinteressen bestimmte Theater, dessen Unternehmer in vielen Fällen nur sehr geringe innere Beziehungen zur Kunst hat. Das sollte gerade ein Dichter wie Franz Dülberg begrüßen und unterstützen. Für die Volksbühnenorganisation ist die Kunst keine Handelsware, für sie ist die Schaubühne eine moralische Anstalt im Sinne Schillers, aber kein Institut für die Propaganda politischer und sonstiger Ideen.

Bietet nicht auch der Spielplan der Berliner Volksbühne eine Bestätigung dieser Feststellung? Wird das von Dülberg geschilderte „Gefinnungstheater“ etwa durch Stücke wie Strindbergs „Ostern“ oder „Balantofena“ oder Schillers „Don Carlos“ gepflegt? Weiß Dülberg nicht, daß den Mitgliedern der Volksbühne auch Aufführungen in andern Theatern als dem eigenen Heim am Bischofplatz geboten werden, darunter sein eigenes Schauspiel „Korallenfelsin“? Und wenn auch der ebenfalls von der Volksbühne aufgeführte dramatische Roman „Fahnen“ von Alfons Boquet Sympathien für den „Befreiungskampf des Proletariats“ zeigt, so verdammt doch gerade dies Werk seine Aufführung seiner starken künstlerischen Eigenart, Bestimmung und Kunst künftigen einander doch nicht aus, und ein Drama ist doch noch nicht deshalb ohne weiteres unkünstlerisch, weil in ihm auch eine Gesinnung zur Geltung kommt. Im tiefsten Grunde drückt sogar jeder echte Dichter, der eigenes Erleben gestaltet, in seinem Werke auch eine Gesinnung aus.

Gerade die von Dülberg geforderte Organisation derjenigen, die vom Bühnenbühnen nicht Gesinnung sondern Persönlichkeit verlangen, haben wir in der Volksbühne. Die Dichter-Persönlichkeit, die von den Geschäftsinteressen eines Theaterunternehmers unabhängig sein will, braucht die Volksbühne zur freien Entfaltung ihres künstlerischen Schaffens. Es wäre wünschenswert, die Meinungsäußerung eines Dichters darüber zu hören.

Der Bühnenbund sagt! Genf hat keine Saison. Auf den großen Hotels wehen die Flaggen aller Länder, um die Insassen zu ehren. Die keinen Mädchen gehen unermüdetlich auf dem Quai zu Leman spazieren und sind noch mehr bemalt als gewöhnlich, was übrigens bei der Atmosphäre hier weiter wirkt: als auf der Friedrichstraße, — und die Chauffeure nehmen doppelte Löhne.

Es ist erstaunlich, wie viele politisch begeisterte Menschen auf der Welt sind. Cool bringt jeden Tag neue Karawanen Engländer

106 Deutschnationalen 11 für, die anderen gegen den kommunistischen Antrag stimmen: Spiegelbild des deutschen Volkes.

Das dürfte den Deutschnationalen nach bewährter Bundesgenossenschaft immer noch leicht fallen. Aber nun: mindestens 20 Proz. des deutschen Volkes sind sozialdemokratisch, also werden demnächst 20 Proz. der Deutschnationalen zu uns stoßen mit der Begründung: Spiegelbild des deutschen Volkes — und das dürfte ihnen schon schwerer fallen.

Run ist diese herrliche Erfindung aber leider etwas unklar. Sie läßt eine interessante Frage offen. Wenn die 49 Proz. Säfer das Spiegelbild der jagenden Parteien von Sozialdemokraten bis Bayerische Volkspartei waren, wie steht's mit ihrer Ueberzeugung? Ist die auch ein Spiegelbild, und ist sie trotz des Namens deutschnational sozialdemokratisch, demokratisch, zentriertlich? Oder wurden die Herren gespiegelt wider Willen und Ueberzeugung? Und überhaupt: die Deutschnationalen als Spiegelbilder, das ist an sich schon herrlich. Spiegelbild, ist ferne dir!

Indessen vermögen so herrliche Erfindungen und alle elegischen Variationen über das Thema: „Warum“ den Jörn des grossenden deutschnationalen Acherons nicht zu befähigen, und nun wird es gefährlich; denn ach, nun kommen die streitbaren deutschnationalen Pastoren. Da schreiben sie im „Reichsboten“, der immer noch lebt:

„Aber nach außen hin weiter bei der absoluten Beurteilung bleiben und hinter den Kulissen Verhandlungen führen, die darauf hinauslaufen, die erforderliche, nicht vorhandene Zweidrittelmehrheit doch noch zumege zu bringen und dann Beteiligung an der Regierung zu erlangen, das war ein verhängnisvolles Jugendstündnis an den Geist des parlamentarischen Schachers aus Schwäche gegenüber den Rücksichten auf das Parteiinteresse. Das ist eine jämliche Wendung in der eben noch so stark betonten Entschlossenheit, die in den weitesten Kreisen der Anhänger im Lande Entsetzen, Enttäuschung und Bestürzung hervorgerufen und wie ein Zagen vor der Verantwortung für das als richtig Erkannte wirken mußte. Wie weit die Enttäuschung geht, beweisen uns Anfragen aus unserem Bekanntenkreis von Personen, die teilweise in ihrem Besitze an der Spitze von Wahlorganisationen stehen, ob sie nicht besser täten, ihren Austritt zu erklären.“

Es knistert also im Gebälk, und bald vielleicht wird man es lauter trachen hören. Es mühte denn sein, daß die grossenden deutschnationalen Parteigänger Entsetzen, Enttäuschung und Bestürzung beiseite stellen — entweder aus Angst, wie Herr Dr. Strathmann, oder weil sie sich zu der Hippischen Lehre bekennen, daß man als Deutschnationaler überhaupt keine Ueberzeugung braucht, sondern einfach — als Spiegel zu dienen hat.

Die Aufsichtsbehörde.

Die Deutsch-Konservativen melden sich.

Die „Kreuzzeitung“ teilt an hervorgehobener Stelle im Festschrift mit:

„Der engere Vorstand der Deutsch-Konservativen Partei wird am kommenden Sonnabend zu einer Sitzung zusammengetreten, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen.“

Die deutsch-konservative Partei besteht neben und in der deutschnationalen Partei unter der Führung Heydebrands fort. Ihr prominenter Vertreter in der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist Graf Westarp. Man wird nicht feil geben mit der Annahme, daß es vor allem zwei Fragen sind, mit denen sich die Deutsch-Konservativen befassen werden: erstens die Frage, was geschehen soll, wenn die deutschnationale Partei auseinanderbricht und ob es dann nicht an der Zeit sei, wieder offen mit der alten Fahne und Firma herauszutreten, zweitens die Frage, welche personellen Forderungen die Deutsch-Konservativen in der Frage der Regierungsbeteiligung an die Deutschnationalen zu stellen haben. Denn verfehlt sich, sozialkonservativ, sozialreaktionär und — zuverlässig müssen deutschnationale, links-konservative, Minister sein. Punkt eins ist Symptom für den

und Amerikaner, die auch sagend die Straßen entlang wandern, und im Besitz des Völkerbundpalastes sitzen viele alte Damen mit Hornbrillen, die Pfefferminz essen und zusehen, wie die Großen der Erde, Bensch, Lord Parmoor und Georg Bernhard bevorzugten Sterblichen Audienz erteilen.

Die ganz großen Völker sind noch nicht da, aber ihr Schatten fällt bereits voraus — seit 14 Tagen läuft der Photograph der guten „Suisse“ zu allen Höhen nach dem Bahnhof, um die etwa programmwidrig vorher eintreffenden Geemiers zu lapern.

Aber während die Stadt feiert und mit hungrigen, weitoffenen Hotelstüren auf die Gäste wartet, steht der See im letzten herrlichen Glanze. An seinen Ufern spielen die Wälder, und abends schwimmt ein angenehmer, melancholischer Nebel über seinen grünen Wellen. Im Jardin anglais ist Feuerwerk und Konzert, während die Kongreßgäste ihr bestes französisch probieren, um mit den Genfern eine entente cordiale zu beginnen.

Nur die Journalisten sind, wie gewöhnlich, unzufrieden, denn sie müssen die ganze Weltgeschichte zu Papier bringen, und so mancher gottbegnadete Politiker liest nachher mit heimlicher Selbstberemmung in der Zeitung, was für ein genialer Kerl er doch eigentlich ist. Aber wenn er wüßte . . . was wir wissen und was das Publikum nicht weiß.

Ein Meisterwerk deutscher Technik. In dem Filmvortrag, den Oberingenieur Döcker in der Urania hält, erlebt man das größte Schiff der deutschen Flotte, den Lloyd-Dampfer Colymbus. So, man erlebt ihn, dies eine Wort sagt alles. Durch geschickte Verbindung von Wort und Film wird der Riesendampfer uns in allen Einzelheiten nahegebracht. Wir sehen ihn vor unseren Augen auf der Werft entstehen, wohnen seinem Stapellauf und seiner ersten Reise nach New York bei. Mit Hilfe von gezeichneten Trickfilmen werden uns alle seine Geheimnisse, die man bei einer Besichtigung nur anstaut, aber nicht versteht, verständlich. Wie der Kreiselpomp das Schiff automatisch steuert, wenn der Kurs eingestellt ist, wie das Wasser in der Kessel- und Maschinenanlage seinen Kreislauf beschreibt, wie die Maschine von 30 000 Pferdestärken mit Oelfeuerung betrieben werden, wie das Schiff mit Hilfe der Seitensteuer bei Nacht seinen Weg findet, und vieles andere wird uns vor Augen geführt. Dazu gesellen sich interessante Einblicke in das Leben an Bord, in den Komfort, der heute auf solch einem Oceanhotel mit 3000 Menschen geboten wird. Selbst die Passagiere 3. Klasse, die früher in den Zwischendecks hängen mußten, sind heute lustig und gesund untergebracht. Eine Fahrt durch New York mit seinem Riesenwerkzeug, ein Besuch in einem amerikanischen 4000-Betten-Hotel schließt sich an den gleich unterhaltenen wie belehrten Vortrag.

In der Staatsoper singt in der heutigen Zohengrin-Aufführung Frau Kumbi-Laber die Ortrud.

Das Thüringer Theatrumuseum in Gotha veranstaltet im Herbst eine Ausstellung von Gemälden und Holzschnitten zur Ikonischen Kunst der letzten Jahrhunderte in Thüringen. Die Künstler von der Kunst der Renaissance bis zu den neuesten Strömungen des französischen Bauhauses in Weimar werden vertreten sein. Usmw. Ueberlassung von Originalgemälden, Holzschnitten, Plakaten, Photographien zur Ikonischen Kunst der Zeit seit 1870. Und bis letztes 20. September an Dr. Rippold, Gotha, (Lagerstr. 47, erbeten.

Krach bei den Deutschnationalen — die konservative Aufsichtsbehörde meldet sich. Punkt zwei zeigt, das Westarp in die Regierung möchte. Vielleicht beraten aber die Deutschnationalen zum dritten auch noch ein Geschäft: Monarchie für Dawes-Gesetz. Warum sollte man schließlich nicht nach dem Vorbild vom 29. August Wilhelm II. zurückschauen wie eine abgelegte Unterhose?

Um die Räumung von Dortmund-Hörde.

Unnötige Alarmmeldungen.

In der Dienstag-Ausgabe des in Mainz erscheinenden „Echo du Rhin“, dem offiziellen Organ der Rheinland-Kommission, wird folgendes mitgeteilt:

„Wie wir erfahren, wird für die militärische und wirtschaftliche Räumung von Dortmund und Hörde mit Rücksicht auf die für die Uebergabe der Geschäfte der „Micum“ und die Liquidation der laufenden Angelegenheiten erforderliche Zeit ein Aufschub von 4 bis 10 Wochen notwendig sein. Die französischen Truppen werden also diesen Teil des Ruhrgebietes nicht vor diesem Zeitpunkt räumen.“

Ein Teil der Berliner Presse gibt diese Mitteilung in sensationeller Form wieder und zieht aus ihr den Schluß, daß die Befehlshaber die von Herriot zugesagte Räumung hinterziehe. Meldungen aus dem besetzten Gebiet belegen, daß auch dort wegen der Veröffentlichung des „Echo du Rhin“ lebhafteste Beunruhigung herrsche. Von deutscher Seite wird zu der Frage der Räumung von Dortmund und Hörde daraufhin offiziell mitgeteilt:

„Dieses scheint noch Unklarheit zu bestehen über den Zeitpunkt, zu dem die Räumung von Dortmund erfolgen muß. In dem Schreiben der französischen und belgischen Ministerpräsidenten an den Reichstagsrat vom 16. August 1924 haben sich die französische und belgische Regierung verpflichtet, die militärische Räumung der Zone Dortmund-Hörde und der seit dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Gebiete am Tage nach der endgültigen Unterzeichnung des Londoner Abkommens, also am 31. August 1924, anzuordnen.“

Sie haben in dem Schreiben ferner zum Ausdruck gebracht, daß diese militärische Räumung gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung derselben Zone erfolgen muß. Für die Durchführung der wirtschaftlichen Räumung sind genau bestimmte Zeiträume vorgegeben.

Am 1. September hat die Reparationskommission festgestellt, daß die in dem Gutachten vorgesehenen deutschen Befehle verbindlich sind und daß der Generalagent für Reparationszahlungen seine Tätigkeit aufgenommen hat.

Für die wirtschaftliche Räumung ist zunächst eine Frist von 35 Tagen, also bis zum 5. Oktober, vorgegeben. In einem daran anschließenden Zeitraum von 14 Tagen, also bis 19. Oktober, werden die Befehlsmächte alle übrigen zur wirtschaftlichen Räumung notwendigen Maßnahmen durchführen. Der äußerste Zeitpunkt für die militärische Räumung von Dortmund ist demnach genau bestimmt.

Daß die Räumung eines Gebietes, in dem sich eine fremde Macht so intensiv festgesetzt hat wie in Dortmund-Hörde, gewisser Fristen bedarf, liegt auf der Hand. Man wird auch mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß diese oder jene Stelle innerhalb der Okkupationsbehörde es mit der Liquidation nicht allzu eilig hat. Das alles kann aber nichts daran ändern, daß sich das Kabinett Herriot auf einen bestimmten Termin verpflichtet hat, an dem die Räumung — die wirtschaftliche sowohl wie die militärische — beendet sein muß. So begreiflich deshalb der Wunsch der vor der Befreiung stehenden Gebiete ist, ihre Freiheit möglichst bald wiederzuerlangen, so sehr ist doch davon zu warnen, sich durch mißverständliche Meldungen von der Gegenseite und durch Gerüchte, die auf ungenauen und unzulänglichen Beobachtungen beruhen, irreführen zu lassen. Sollte es sich aber eine gewisse Presse angelegen sein lassen, durch absichtliches Weitertragen und Aufbauen unzuverlässiger Nachrichten die Öffentlichkeit und die besetzten Gebiete in Unruhe zu versetzen, so beweist sie damit wieder einmal, daß ihr das Hehen und Unfriedenstiften alles, die Befreiung der besetzten Gebiete gar nichts bedeutet. Man wird ihr auf die Finger sehen müssen, damit sie durch ihre verantwortungslose Tätigkeit kein Unheil anrichtet, das freilich nicht sie, sondern die zu befreienden Gebiete auszubaden haben würden.

Auf zum Kulturkampf!

Geheiden im Zeichen des Kreuzes.

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Loge des Evangelischen Bundes in München hat sich der deutschnationale Berliner Hofprediger Döring die Samshaut der Demut abgestreift und eine politische Kampfsprache gegen den Marxismus und den Ultramontanismus gehalten. Er nannte die Revolution „die größte sinnlose Farce der deutschen Geschichte“. Sie sei alles andere als deutsch gewesen und habe das Vaterland zu einem Schachernobjekt internationaler Geldgeber gemacht. Der Evangelische Bund werde sich jetzt nicht mehr auf die Verteidigung beschränken, sondern zum Angriff übergehen. Nebenliche Lüne schlug ein sogenannter Arbeitervertreter aus Westfalen an, der ebenfalls den Kampf gegen die „beiden Feinde des Deutschtums“, gegen Marxismus und Ultramontanismus, predigte. Die christlichen Hörer waren mit diesen Schimpfepisteln zufrieden.

Man kennt diese bornierten Hofprediger aus der wilhelminischen Ära zur Genüge. Inakademische Ergebnisse haben und höchsten Herrschaften gegenüber, Brutalität und Unbuddigkeit noch unten hat sie seit jeher ausgezeichnet. Manah ein gewöhnlicher Geistlicher weih ein Lied von dieser Art Strebertum zu singen. Von Christentum hat das noch weniger Ahnung als vom Marxismus.

Ertappte Verleumder.

Weineidverfahren gegen völkische Velsidiger des Reichspräsidenten.

Weimar, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) In der völkischen Presse Thüringens wird eine Erzählung über Vorkommnisse im „Fürstenteller“ in Weimar im Winter 1918/19 verbreitet, in der u. a. ausgeführt wird, der Reichspräsident, der damals noch Mitglied der Nationalversammlung und Volksbeauftragter war, hätte wiederholt zusammen mit anderen Herren über die Polizeistunde hinaus gekneipt und sei einmal auf dem Heimweg in angegruntem Zustand gesehen worden. Diese Schilderung beruht auf einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Sonneberg gegen den Monieur Vertuch, der wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden ist. In dieser Gerichtsverhandlung traten von der Verteidigung ohne vorherige Verständigung der Prozeßleitung mitgebrachte Zeugen, einige frühere Mitglieder des

Soldatenrates in Weimar auf, die jetzt offenbar den völkischen Kreisen angehören und die angeblich aus eigener Wahrnehmung die Behauptungen dem Gericht vortragen. Da ihre Angaben falsch sind und offenbar auf böswilliger Erfindung beruhen, hat der Oberstaatsanwalt in Weimar gegen sie das Strafverfahren wegen Meineides eingeleitet.

Abrüstung und Schiedsgericht!

Macdonalds Vorschläge in Genf. — Am Donnerstag entscheidende Sitzung mit Macdonald, Herriot und Theunis.

Genf, 2. September. (WTB.) Die Donnerstagsitzung, an der Herriot, Macdonald und Theunis teilgenommen werden, soll ausschließlich den Fragen des Garantiepaktes, der Sicherheit und der Abrüstung gewidmet sein.

London, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor seiner Abreise nach Genf hat Macdonald am Dienstag morgen neue Erklärungen gegen den französischen Vorschlag eines Sicherheitspaktes, aber für den von Rotta, dem Präsidenten der Völkerbundsversammlung, vorgeschlagenen Plan der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit bei Streitigkeiten zwischen den Ländern abgegeben. Er erklärte, mit Rotta vollkommen darin übereinzustimmen, daß der Schlüssel für einen Erfolg der Völkerbundsverhandlungen zugunsten der Sicherung des Friedens die Aufrichtung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit sei. Im allgemeinen sei die Sicherheit der Nationen von außen her gefährdet. Er tenne aber heutzutage auch Nationen, die durch ihre Innenpolitik ihre Sicherheit aufs Spiel setzen, ohne von außen her durch ihre Nachbarn bedroht zu sein. Wenn die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für internationale Streitfälle nicht erreicht werde, würden in zehn Jahren alle Völker bis an die Zähne bewaffnet sein, weil dieser Zustand als das einzige Mittel, den Frieden zu erhalten, erscheinen werde. Die Voraussetzung der endgültigen Sicherung des internationalen Friedens sei die Lösung des Problems der teilweisen oder vollständigen Abrüstung. In der Zwischenzeit gebe es eben keinen anderen Weg als den von Rotta vorgeschlagenen der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit.

Die Saarfrage im Völkerbund.

Forderungen der Reichsregierung.

Genf, 2. September. (WTB.) Der Völkerbundsrat wird sich dieser Tage mit verschiedenen Noten der deutschen Regierung über Saargebietfragen zu befassen haben. An erster Stelle steht die Frage des französischen Militärs im Saargebiet. Hier verlangt die Reichsregierung unter Hinweis auf die jahrelangen, fast ganz ergebnislosen Diskussionen über diese Fragen und die bisher nicht ausgeführten Beschlüsse des Rats die Bestimmung eines festen Termins in naher Zukunft für die Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und endgültige Errichtung der örtlichen Gendarmerie.

Eine andere wichtige Frage ist die der französischen Schulen im Saargebiet. Die Reichsregierung hat die schon vor 1½ Jahren behandelte Frage erneut aufgegriffen und in einer eingehenden Note nachgewiesen, daß die französischen Schulen, die tatsächlich keine Propagandaanstalten darstellen und nur dank der Unterstützung der Regierungskommission im Saargebiet zu ihrer gegenwärtigen Ausdehnung gelangen konnten, im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag stehen. Sie beantragt, daß entsprechend dem Vertrage französische Schulen im Saargebiet nur für französische Kinder unterhalten werden dürfen. Die Note der Reichsregierung wird ergänzt durch ein Rechtsgutachten des Berliner Universitätsprofessors Dr. Pätzsch, in dem insbesondere nachgewiesen wird, daß durch die Errichtung der französischen Schulen nicht nur die Grundbegriffe des im Saargebiet fortgeltenden preussischen Schulrechts, die gesetzliche Schulpflicht und die Konfessionschule verletzt werden.

Endlich liegt eine Beschwerde der Reichsregierung gegen zollpolitische Maßnahmen der Regierungskommission vor. Während der Versailler Vertrag bei den deutschen Erzeugnissen bis zum 7. Januar 1925 zollfreie Einfuhr in das Saargebiet zugesichert hat, hat die Regierungskommission die deutsche Einfuhr in das Saargebiet in strengen Grenzen kontingentiert und dadurch der Wirtschaft und insbesondere der Maschinenindustrie erheblichen Schaden zugefügt. Die Reichsregierung verlangt, daß die Regierungskommission, wenn sie gewissen befürchteten Ausfällen vorbeugen zu sollen glaubt, solche Methoden anwendet, die die vertraglichen Garantien nicht antasten.

Die Forderungen, die die Reichsregierung hier vertritt, entsprechen alten Forderungen der Bevölkerung des Saargebietes selbst. Die Bevölkerung ist deshalb schon wiederholt in Denkschriften und persönlichen Vorstellungen beim Völkerbund vorstellig geworden, ohne das Gehör zu finden, das sie verdient. Es entspricht nicht dem Geist des Vertrages und des Völkerbundes, wenn die berechtigten Forderungen eines unter seinem Schutz stehenden Gebietes dauernd mißachtet werden.

Der Völkerbund ist in diesem Jahr zu einer besonders wichtigen Sitzung zusammengetreten. Die persönliche Teilnahme der Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Belgiens legt Zeugnis dafür ab, daß die bedeutendsten Vertreterstaaten des Völkerbundes in Europa der Völkerbundbewegung einen neuen Aufschwung geben zu können hoffen; der Ernst, mit dem auf der diesjährigen Sitzung das Friedens- und Abrüstungsproblem behandelt wird, zeigt die Richtung, in der Macdonald, Herriot und Theunis den Völkerbund führen wollen. Würde eine Erledigung der Saargebietfragen im Sinne ihrer saarländischen Antragsteller der Beweis dafür sein, daß es dem Völkerbund gegeben ist, seinen Machtzuwachs in unparteiischem sowie im Sinne der Befriedigung und Verbesserung Europas zu verwerten.

Owen Young vor der Reparationskommission

Seine Maßnahmen einstimmig gebilligt.

Paris, 2. September. (WTB.) Die Reparationskommission trat heute unter dem Vorsitz von Barthou zusammen. Sie hörte einen Vortrag des Generalagenten für die Zahlungen Owen Young über die Maßnahmen, die er in Erfüllung seiner Mission bereits ergreifen hat und noch zu ergreifen gedenkt. Nach einem Meinungsaustrausch dankte der Vorsitzende der Reparationskommission dem Generalagenten für seine Ausführungen und gab ihm die Versicherung, daß seine Methode und seine Maßnahmen die einstimmige Billigung der Reparationskommission befänden.

Richtigstellung. Im Beistatistik „Wille und Sozialpolitik“ unserer gestrigen Abendausgabe hat sich ein sinnfälliger Fehler eingeschlichen. Unseren österreichischen Genossen ist es gelungen, den Zoll auf Getreide von 2 auf zurzeit 0,25 Goldkronen zu senken, nicht, wie es fälschlich im brüten Udsatz heißt auf 0,25 Heller.

Gewerkschaftsbewegung

Produktionsausfall.

Aus Essen wird berichtet:

In der letzten Augustwoche (vom 24. bis 30. August) mußten im Ruhrbergbau wegen Abnahmefalls an 106 Stellen 138 107 Feierschichten eingelegt werden. Damit stellt sich die Zahl der Schichten, welche die Ruhrbergleute im abgelaufenen Monat aus dem genannten Grunde feiern mußten, auf 830 000.

Wer wollte angesichts dieses Produktionsausfalls in einer einzigen Industrie Deutschlands, in einem einzigen Monat noch bezweifeln, daß es kein anderes Mittel zur Ausgleichung dieses Produktionsausfalls gibt als eine Verlängerung der Arbeitszeit? Der Einwand, daß bei vermehrter Produktion nach Behebung des Abnahmefalls es wieder an Waggons fehlt, um die Kohlen abzutransportieren und deshalb neue Feierschichten eingelegt werden müssen, ist hinfällig. Im Gegenteil, weil auch durch Waggonmangel ein erheblicher Produktionsausfall entsteht, muß die Arbeitszeit um so mehr verlängert werden, um auch diesen Ausfall wieder auszugleichen. Das ist doch ganz logisch — nach der Arbeitgeber-Verbandslogik, wie sie auf Seite 26, Heft 8 der Schriften der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über „die Arbeitszeitfrage“ entwickelt wurde.

In Rheinland-Westfalen sind die Bauarbeiter zu einem großen Teil seit drei Wochen ausgesperrt. Wenn die Aussperrung nicht vollständig ist, so ist das keineswegs auf die Leistung der aussperrenden Bauunternehmerverbände zurückzuführen. Sondern falls entsteht auch durch diese Aussperrung ein solch großer Produktionsausfall, daß er nur durch die Verlängerung der Arbeitszeit der Bauarbeiter wieder eingeholt werden kann. „Nur Arbeit kann uns retten“ — nicht Feierschichten und Aussperrungen.

Die kapitalistische Wirtschaftsweise — auch Wirtschaft-Ordnung genannt — hat ihre eigene Logik. Wir müssen sie ablehnen, aber aber weit länger arbeiten um noch geringeren Lohn.

Die Rückwirkung in England.

Nach der Statistik des Arbeitsministeriums betrug am 18. August die Zahl der Arbeitslosen in England 1 222 200, mit einer Vermehrung um 30 357 seit der letzten Wochenabgrenzung.

Es gibt immer wieder Leute, die den Arbeitern einzureden suchen, daß ein Wirtschaftsausschlag in Deutschland den wirtschaftlichen Niedergang in anderen Ländern, insbesondere in England zur Folge habe und umgekehrt. Man versucht mit dieser Beweisführung den Arbeitern die Internationalität auszureden. In Wirklichkeit geht die Produktion der Welt durch kommunizierende Röhren. Die wirtschaftliche Krise des einen Landes führt unweigerlich zu einem Produktionsausfall in anderen Ländern. Das Steigen der Arbeitslosigkeit seit einigen Wochen in England ist die Folge der deutschen Wirtschaftskrise. Man kann wohl durch gewaltsame Abschneidungen, wie sie während des Krieges und der Ruhrbesetzung stattfanden, diesen Prozeß vorübergehend künstlich unterbinden, aber man kann auf die Dauer nicht gegen wirtschaftliche Gesetze aufkommen.

Unmensliches in Krankenhäusern.

Die Arbeitszeit der Krankenschwestern.

Die Verlängerung der Arbeitsdauer macht Fortschritte. In den Krankenhäusern der Stadt Berlin ist jetzt für die Schwestern die Arbeitszeit neu festgesetzt worden. Die Arbeit dauert von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr nach Abzug der Pausen 10 Stunden; bei Nachdienst aber von abends 8 Uhr bis morgens 7 Uhr, d. h. ununterbrochen 11 Stunden. Es kommt sogar vor, daß innerhalb 24 Stunden 17 Stunden Dienst zu verrichten sind, und zwar von früh 7 Uhr bis 1 Uhr nachmittags und von 8 Uhr abends bis früh 7 Uhr.

Eine solche Ausnutzung körperlich und geistig gleich angestrebter Menschen sollte man, so wird uns hierzu aus der Schwesternschaft geschrieben, bei der heutigen sozialen Auffassung für ganz unmöglich halten, wenn nicht die Schwesternschaft in dieser Beziehung schon allerlei gewöhnt wäre. Seit Jahren ist die Zahl der angehenden Schwestern aufs äußerste herabgedrückt worden. Es gibt Stationen mit etwa 40 Betten, für die nur zwei Schwestern tätig sind, und zeitweise sieht sogar nur eine Schwester zur Verfügung. Die Krankenschwestern, die nach zweijähriger Ausbildungszeit ihr Examen ablegen muß, hat körperliche und geistige Arbeit zu leisten. Sie muß in den Sälen hin- und herrennen, muß Kranke heben, betten, waschen, pflegen, verbinden, in den Operationsaal fahren, muß Botengänge zum Laboratorium besorgen, muß aufräumen, um Veränderungen sofort dem Arzt melden zu können. Wenn da zu wenig Personal vorhanden ist, so stellt der Dienst an die einzelne Schwester höchste Anforderungen, die ihre ganze Kraft aufbrauchen.

Eine Folge des Personalmangels ist es, daß auf den einzelnen Stationen die Arbeit morgens schon um 5 Uhr, ja um 4 Uhr begonnen werden muß, damit sie fertig wird. Die Kranken müssen dann, so nötig ihnen der Schlaf auch ist, aufwachen und sogar aufstehen, falls sie es können. Sie werden gewaschen, der Saal wird aufgeräumt usw. zu einer Zeit, wo mancher Gefunde sich eine solche Störung seiner Ruhe energisch verbitten würde. Schwer möglich ist es, daß die Schwestern einmal Zeit haben, sich mit dem einzelnen Kranken näher zu beschäftigen, ihn öfter bequem zu betten,

ihm den Kopf beim Erbrechen zu halten, ihm die Stirn zu kühlen, für die die tausend liebevollen Handreichungen zu verrichten, für die die Kranke in keiner Hilfslosigkeit so dankbar ist. Nur bei den allererschwersten Fällen, beim Aufwachen aus einer Komaform, sieht man an das Bett eine Schwester, deren Arbeit dann den anderen entzogen wird.

Wo bleiben bei solcher Arbeitslast die Ideale des Schwesternberufes, die den jungen Mädchen, als sie diesem Beruf sich zuwandten, vorgeschwebt haben? Das alles schwindet in

Antikriegstag am 3. Sonntag im September

der Treitmühle des Dienstes! Da bleibt auch nach Beendigung des Dienstes kaum noch die Fähigkeit zu einer rechten Erholung, die nötig wäre, um neue Kraft und neue Arbeitsfreudigkeit zu sammeln. Nicht nur die Rücksicht auf die Krankenschwestern, sondern auch das Wohl der Kranken selber erfordert es, daß diese Neufestsetzung der Arbeitszeit schleunigt rückgängig gemacht wird.

Sachgruppentage der Bauarbeiter.

Hamburg, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Als Vorkämpfer des ersten Bundestages des Bauwerkverbundes traten am Montag und Dienstag die einzelnen Sachgruppen des Bundes zusammen. In der zunächst gemeinsamen Tagung bezeichnete Bundesvorsitzender Baepflow in seiner Begrüßungsrede als die Aufgabe der Sachgruppentage, die internen Berufsangelegenheiten der Sachgruppen zu beraten und die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks zu besprechen. Die Sachgruppentage haben auch die Vertreter für den Bundestag zu wählen. Ueber die sachgemäße Zusammensetzung der Sachgruppentage und des Bundestages, die noch Mängel aufwies, wurden dem Bundestag neue Vorschläge unterbreitet. Hauptaufgabe sei, daß sich Angehörige aller beteiligten Berufe als Bauwerkverbändler fühlen.

Der Sachgruppentag der Maurer beschäftigte sich besonders mit der Frage der Akkordarbeit, mit Lehrlingsfragen und Sektionsbildung. Bei dieser Tagung wurden ebenso wie vom Sachgruppentag der Bauhilfsarbeiter der Wunsch nach gemeinsamer Beratung der Lohn- und Tariffragen laut. Am Dienstag konnten dann die Delegierten der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter einschließlich der Sparien der einzelnen Hochbau- und Tiefbauarbeiten vereinigen.

Die Sachgruppentage der Glaser und Töpfer sowie Fliesenleger sprachen ihre Betriedigung über die Zusammenarbeit im Bauwerkverbund aus.

In der Tagung der Stuckateure und Putzer wurden, wie überall, speziell Berufsfragen erörtert und in einem besonderen Beschluß festgelegt, daß für Vertragsverhandlungen, örtlich, bezirklich oder wenn irgendmöglich, für das ganze Reich ein einheitliches Vertragsmuster geschaffen werden soll. Ein besonderes Kennzeichen aller Sachgruppentage waren die im einseitigen gemerktschaftlichen Geist geführten Ausreden, in denen immer wieder die Befriedigung über den Zusammenschluß im Bauwerkverbund zum Ausdruck kam. — Am Dienstagabend erfolgte dann die Eröffnungssitzung des Bundestages.

Tarifstreitigkeiten im Verkehrsgewerbe.

Im Berliner Verkehrsgewerbe sind in den verschiedensten Branchen in Rohr- und Mantelsträger Konflikte ausgebrochen, die teilweise durch neue Abkommen erledigt, zum Teil noch unentschieden sind.

Für die Möbeltransporteure wurde ein Schiedspruch gefällt, der eine Erhöhung des Wochenlohnes von 33 auf 38,50 M. vorsah. Die Arbeitgeber haben diesen Spruch abgelehnt. In einer Branchenversammlung wurde ein Streikbeschluß gefaßt. Inzwischen hatte auch der Schlichter für Groß-Berlin die Verbindlichkeits-erklärung abgelehnt. Er hielt zwar die im Schiedspruch festgesetzten Löhne für berechtigt, hielt aber die Verbindlichkeits-erklärung praktisch für wackelig, da die Löhne nur für eine Woche gelten sollten, resp. von Woche zu Woche gekündigt werden könnten. Es kam daraufhin zu einer Einigung auf einen Wochenlohn von 38 M. Der Tagelohn für unständige Arbeiter beträgt 7 M.

Im Speditionsgewerbe ist der Manteltarif von den Arbeitgebern gekündigt worden. Nachdem erst im April auf Betreiben der Unternehmer wesentliche Verschlechterungen für die Arbeiter erfolgt waren, soll die jetzige Kündigung demselben Zweck dienen. Die Arbeitgeber wollten vor allem die neunjährige Arbeitszeit einführen. Der 50 Proz. betragende Zuschlag für Sonntagsarbeit sollte fortfallen. Ferner wollten die Unternehmer durch eine Bestimmung im Tarifvertrag als ihr Recht anerkannt wissen, die jugendlichen Mitfahrer nach Vollendung des 21. Lebensjahres zu entlassen, wenn keine Aussicht auf Arbeit besteht. Die Arbeitgeber wären damit der Verpflichtung entbunden gewesen, den Mitfahrern höhere Löhne zu zahlen. In einer Versammlung wurde die Branchenleitung beauftragt, nicht nur die geplanten Manteltarifverschlechterungen abzuwehren, sondern auch eine Erhöhung der Wochenlöhne, die jetzt 33 M. betragen, zu verlangen. Die Verhandlungen im Speditionsgewerbe werden immer schwieriger, obwohl sich während der 25jährigen Tarifgemeinschaft für die Arbeitgeber keinerlei Veranlassung dazu ergeben hat.

Für die Kohlenarbeiter ist ein Schiedspruch gefällt worden, der eine Erhöhung des Stundenlohnes von 69 auf 73 Pf. vorsieht. Die Unternehmer haben diesen Schiedspruch abgelehnt, weil ihnen die Geltungsdauer des Lohnabkommens zu kurz ist. Es steht zu erwarten, daß eine Einigung erfolgt.

Bei der Hochbahn ist der Manteltarifvertrag wie auch das Lohnabkommen vom Deutschen Verkehrsbund gekündigt worden. Auch bei der Omnibusgesellschaft sind die Verträge von den

Arbeitnehmern gekündigt worden. Hier haben außer direkte Verhandlungen mit der Gesellschaft noch Termine beim Schlichtungsausschuß ein für die Arbeiter günstiges Ergebnis gebracht. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Schiedspruch im Bergbau.

Bohum, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag fällte der Schlichtungsausschuß für die Lohnregelung im Bergbau einen Schiedspruch, der die Lohnordnung für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier vom 1. September 1924 wieder in Kraft setzt. In dem größten Teil der sächlichen Randgebieten werden für die Bergarbeiter und Schichtlöhner höhere Löhne gezahlt als sie in der Lohnordnung vom 1. Juli 1924 vorgeesehen sind. Die Unternehmer gaben dem Schiedspruch ihre Zustimmung, während die Bergarbeiterorganisationen erst in den nächsten Tagen zu ihm Stellung nehmen wollen. Die Erklärungsfrist läuft am 8. September ab.

Drohender Metallarbeiterkampf in Wien.

Wien, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) Die österreichischen Metallarbeiter haben vor wenigen Tagen eine 15 prozentige Lohn-erhöhung verlangt. Am Dienstag erhielt der Metallarbeiter-Verband von den Unternehmern die Antwort, die Forderungen der Arbeiter würden abgelehnt. Außerdem aber wird erklärt, daß die Unternehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit über das gesetzliche Maß von acht Stunden verlangen. Der Metallarbeiter-Verband hat für Donnerstag seine Vorstandsmitglieder und Sekretäre aus der Provinz nach Wien berufen, um die Antwort auf die Provokation der Unternehmer zu geben. Die Stimmung unter den Metallarbeitern ist sehr erregt, sodaß der Ausbruch eines scharfen Kampfes zu erwarten ist.

Die streikenden Bergarbeiter in der Borinage haben am Sonntag Massenversammlungen abgehalten und beschlossen, den Streik fortzusetzen. Die Lage hängt an, bedrohlich zu werden, da infolge der Einstellung der Sicherheitsarbeiten sich die Gruben mit Wasser zu füllen beginnen.

Die Gefahr, daß Gruben verlaufen, ist in dem Augenblick bedrohlich und der Streik brennt, sobald die Unternehmer erklären, die bisherigen Löhne unverändert weiter zu zahlen, anstatt sie zu verkürzen. Nach den Berichten der kapitalistischen Nachrichtenbüros sind jedoch stets die Unternehmer im Recht und die Arbeiter im Unrecht. Die Regierungen sind meist derselben Meinung.

Die Kräfte, und zwar die deutschen, französischen und belgischen Kräfte, haben in Paris verhandelt und eine grundsätzliche Vereinbarung erzielt, die zum Abschluß eines Vertrages führt.

Achtung, SPD.-Holzarbeiter!

Am Donnerstag, abends 7 Uhr, im Klubhaus, Ohmstr. 2, Versammlung aller SPD.-Holzarbeiter. T.-D.: „Die Londoner Konferenz und die jetzige politische Situation.“ Referent: Gen. Otto Meier, M. d. L.

Volljähriges Erscheinen erwartet. Der Verbandsführer.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und -angestellter im Direktionsbezirk Berlin hält heute abend 8½ Uhr eine große Mitlieder-versammlung im Arbeiterpalast, Berlin N., Chausseestr. 94, ab. London — und das Schicksal der deutschen Eisenbahner.“ Was ist zu tun, um unsere Rechte zu sichern? Referent: Kollege K u n a e vom A.D.B. Aussprache.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III. Kameradschaft Niederbarnim, Jugendkameradschaft Oberspreewald, den 8. September, abends 7½ Uhr. Mitlieder-versammlung im Jugendheim Niederspreewald. — Kameradschaft Arcuberg: Die Teilnahme an der Fahrt nach Lübbensau am Sonntag, den 7. September, früh 6½ Uhr, Ostlicher Bahnhof. Karten können beim Kameraden Robert Röhre, Schülermaderstr. 15, sofort abgeholt werden. — 16. Kreis, Kameradschaft Adenau: Donnerstag, den 4. September, Turnabend in der Turnhalle der 1. Gemeindefschule. Regelung der Lübbensauer Fahrt. Erscheinen aller Kameraden ist unbedingte Pflicht.

Vereinigung ehemaliger Schüler der weißen Schule Niederschö. Mitlieder-versammlung am Donnerstag, den 4. September, abends 7 Uhr, in der Aula (Rudolfstraße). Vortrag des Herrn Stadtrat Dr. Koder: „Gedächtnisfeier der Jugendlichen.“ Gäste, Erwohrene sowie Jugendliche, sind willkommen.

Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer, Bezirk 21, haben 2. Dienstag nach dem 1. Oktoberversammlung im Löffel-Engen, Rothhaustraße. Aufnahme neuer Mitglieder findet statt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Meier; Wirtschaft: Artur Seelenius; Gemeindefortschritt: Friede, Götter; Kultur: R. S. Böhmer; Lokales und Sonstiges: Felix Rothardt; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Berlag: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

Neue Schuhpflege!

Wenn Sie auf elegantes Aussehen Ihrer Schuhe Wert legen, so dürfen Sie nicht Unmassen farbiger, hartiger, unangenehm riechender Schuhcreme ausstragen. In wenigen Tagen ist das empfindliche Leder unansehnlich, wird brüchig und hart. Benutzen Sie deshalb die farblose überlebensfähige **Edelcreme Taberana**. Gibt schon in kleinen Mengen einen samtweichen Glanz, verharzt nie und ist im Gebrauch in der Tube für Haushalt und Reise höchst lauter, praktisch und preiswert. Alles unansehnliches Leder bekommt neues Aussehen. Für jedes Schuhwerk unentbehrlich. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Verkaufsstelle: Berlin W. 8, Mohrenstraße 16. Fernspr.: Merkur 2099.

PROBLEM

MOSLEM

TRANS

33

53

DIE CONSUM 31GARETTEN

DAHLE

Wie märkische Kleinstädte aussehen.

Saarmund bei Potsdam.

Als Fontane vor etwa zwei Menschenaltern Saarmund, das Städtchen an der Saare, besuchte, hat er es als einen Platz der Dede bezeichnet, an dem nichts mehr davon Kunde gibt, daß vor abermals hundert Jahren hier ein Handelsplatz von Bedeutung war: die große Straße von Sachsen nach Breslau führte hier vorbei und ein Hauptzollamt sorgte für das fiskalische Interesse. Und auch für das der Einwohner. Noch heute erinnert das Wirtshauschild „Zur Stadt Leipzig“ an diese alte Tradition, und Fontane hat auch noch eine „Stadt Halle“ gesehen, aber während er sie als „Grabschriften über einer Zeit, die nicht mehr ist“, ansah, und dem Städtchen Grabestuh nachrief, wird dem heutigen Wandersmann zwar auch die Stille der Straßen; der Mangel an tönenden Lodenbildern und redenden Fensterauslagen auffallen, aber er wird in dem Wachen der Straßen durch neu hergestellte, schmucke Häuschen doch erkennen, daß nun die schlimmste Zeit des Stillstandes vorüber ist. Freilich, ein Ort ohne Eisenbahnverbindung ist heute zur Aschenbrödelrolle verurteilt, zumal wenn sie keine Kunst-, Kultur- oder Naturreize aufzuweisen hat. Und damit ist es in Saarmund nur schwach bestellt, und dies Gefühl einer künstlerischen Belanglosigkeit hat wohl auch Fontanes Urteil beeinflusst.

Großstadtallüren mit, für deren Einführungen in bisher naive Kreise sie gern ihr Geld opfern.

Wiesen und Berge.

Das Städtchen hat einen langgestreckten Markt, in den von Westen her die Beelitzer Straße, von Norden die Potsdamer Straße mündet, während die Mühlenstraße nach Osten hinausgeht. Letztere führt zu der idyllischen Partie der Rutsche, deren einer Arm hier

moment festzuhalten. Daß Saarmund von Berlin trotz des Mangels direkter Verbindung beeinflusst wird, liegt auf der Hand. Es weht im Teltower, Barnimer usw. Kreise ein anderer Wind als etwa in Neu-Ruppin oder Solbin. Schon das schwarzrotgoldene Schild des Gemeindevorstandes zeigt auf Selbstständigkeit. Ueber die letzten Wahlen wurde berichtet: 50 Kommunisten, 230 Sozialisten, 250 Bürgerliche. Gemeindevertretung 5 rechts, 4 links. Also heißt es miteinander auskommen, keine rohe Gewalt. Uebrigens ist das Aussehen des Städtchens wenn auch bescheiden, so doch freundlich und sauber; die Chausseen in tadellosem Zustand. Eine schöne Sitte, die sehr zur Nachahmung reizen sollte, ist durch die Gründung eines Theatervereins eingeführt. Auf diesem Boden treffen sich die 30 Mitglieder aller Parteirichtungen einhellig zusammen: Plakate laden zu einem Sommerfest ein. Auch gibt die seit einer Reihe von Jahren bestehende Truppe Gastspiele in den benachbarten Dörfern. Das ist ein Zeichen geistiger Regsamkeit, das man dem kleinen, etwa 1000 Einwohner zählenden Städtchen nicht zugetraut hätte.



Eine Bahn, die keine ist.

Wer von Station Rehbrücke die schöne Chaussee nach Saarmund geht, wird vor der Stadt, deren Richtung schon herüberguckt, einen Bahndamm vor sich sehen. Donnerwetter, jagt da wohl jeder zu sich, hast du das Kursbuch auch ordentlich eingesehen — nun hat Saarmund doch Bahnverbindung. Und man stürzt sich auf die erste erreichbare Person und fragt sie aus; bei uns war es eine Frau von mehr südlichem Schnitt des Gesichts, als man ihn sonst findet, ganz in weiß, mit einer schönen weißen Ziege und drei weißen Gänzen. „Ja, das ist nach gar keine Eisenbahn, das soll erst eine werden, aber nur für Güterverkehr — fertig ist sie noch nicht!“ Diese Auskunft stimmte; von der Gegend von Michendorf und Seddin her über den Süden von Groß-Berlin wird eine Güterumgehungsbahn gebaut, die die Berliner Bahnhöfe von dem Transitverkehr entlasten soll. Sie geht dicht bei Saarmund vorbei und nimmt von dort die Richtung auf Ludwigfelde (Anhalter Bahn), aber ohne Rücksicht auf vorhandene Druckschienen. Allzu viele Gütergüter versprechen sich die Saarmunder nun gerade nicht von der Vorbeifahrt der Stützräder, aber wer weiß; etwas Leben bringt doch jeder Lokomotivpfeiff in die Landschaft hinein. — Etwas Leben kann schließlich jede Stadt, die noch nicht vom Automaten widerhallt, gebrauchen. Der Tourist ist mit den Sehenswürdigkeiten bald fertig; die Kirche, romanisch, hat etwas Rührerisches; — das neue Kriegerdenkmal, den Opfern des Weltkrieges gewidmet, wird man pietätvoll begrüßen und den nicht allzu gepflegten Kirchhof mit jenem Grab der Pietät durchschreiten, den die Gräber unbekannter und über das Mittelmaß nicht hinausreichender Leute in uns merken, und die Farben Schwarz, Rot, Gold in dem kleinen Schild, das die Amtstafel des Gemeinderats ziert, ist — obgleich in ländlichem Gebiete als Zeichen republikanischer Bestimmung hoch zu werten — doch nicht als Erfolg für das anzusehen, was andere Städte aufzuweisen haben, etwa eine malerische Kirche, ein altes Tor, ein Stück Stadtmauer. Man wird daher reichlich Zeit behalten, sich für eins der vorhandenen vier Gasthäuser zu entscheiden, und wer dabei nach dem Grundzuge: das Alte ist das Beste verfährt, wird dabei nicht überfallen. Die freundliche Wirtin teilt uns mit, daß sie im oberen Stock Erweiterungsarbeiten vornimmt, da sie doch auf Sommergäste rechnen könne, neben den Herrschaften, die die Ausspannung — für 30 oder gar 40 Pferde — in Anspruch nehmen. Sommergäste sind bekanntlich der erste Nagel zum Sarge der bestehenden Einfachheit: sie bringen

Saare heißt. Vom Fläming herkommend und bei Potsdam in die Havel sich ergießend, hat die Rutsche in früheren Jahrhunderten geschichtliche Bedeutung gehabt; westlich von ihr lag das christliche Deutschland, östlich das heidnische Wendentum. Die Rutscheburgen zwischen Potsdam und Trebbin haben damals ihre Pflichten, Schutz zu gewähren, erfüllt — so auch Saarmund, bis die friedliche Durchdringung vollendet war und die Burgen zerstört werden konnten. Jetzt bietet das Rutchetal einen idyllischen Charakter; man freut sich über ein so fruchtbares Gebiet in dem sonst recht sandigen Boden gerade der Potsdamer Gegend. Ein ähnliches Bienenland zieht sich westlich von Saarmund nach den Dörfern Alt- und Neu-Langerwisch hin, zwischen zwei bewaldeten Berggruppen geklemmt, links der Eichberg, rechts der Gaisberg. Das Gerüst für die Landesvermessung, von dem Fontane in seiner Schilderung spricht, steht auch heute noch da, und wer die paar Stufen der Leiter hinaufklettert, hat einen noch umfassenderen Ausblick auf das ganze Gebiet zwischen Potsdam und Trebbin als derjenige, der am Fuß des Gerüsts nur Teile der Landschaft durch die Lüden des Baumbestandes erkennt.

Zum Schluß noch etwas über die Wege nach Saarmund. Mit der Bahn von Charlottenburg nach Rehbrücke; von dort zu Fuß. Oder von Potsdam mit Postauto nach Rehbrücke. Rückweg entweder ebensol oder nach der Station Villenkolonie Wilhelmshorst, die einen sehr anmutigen Charakter: hübsche Häuser, prächtigen Wald und Wasser offenbart. Rüstigen Wanderern sei folgende lohnende Tour empfohlen: Von Potsdam über den Brauhaus- und Telegraphenberg, am Observatorium vorüber, dann über die Kleinen und Großen Kadensberge zum Teufelssee. Vom Teufelssee über die Wehlarer Bahn und den Rehgraben nach Bergholz und weiter nach Saarmund. Als Rückweg benutze man die schöne Saarmund-Potsdamer Chaussee über Rehbrücke bis zu dieser Station oder weiter bis nach Potsdam. Weglänge bis Rehbrücke 17 Kilometer, bis Potsdam 22 Kilometer. Da die Bahn Vorortpreise nimmt, kommt der Besuch nicht zu teuer zu stehen.

Die Erweiterung des Westhafens. Feier des „ersten Spatenstiches“.

Der Berliner Westhafen, der vor genau einem Jahre in Betrieb genommen wurde (am 3. September 1923 fand die Einweihungsfeier statt), erhält bereits jetzt die von vornherein geplante Erweiterung. Von den drei großen Hafenbecken, die der Bauentwurf vorsah, waren bei Eröffnung des Hafensbetriebes zunächst zwei fertiggestellt, aber schon damals erkannte man die Notwendigkeit, baldigst auch den Bau des dritten Beckens in Angriff zu nehmen. Magistrat und Stadtordeordnetenversammlung gingen aus dem Vorschlag ein, daß die Berliner Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (die „Behaia“), an die der Betrieb aller der Stadt gehörenden Häfen und Ladestraßen übertragen worden war, die Erweiterung des Westhafens auf eigene Kosten auszuführen und die so zu schaffenden Anlagen nach Ablauf des Vertrages unentgeltlich der Stadt zu überlassen hatte. Zu der Erweiterung des Hafens um das dritte Becken kam als wünschenswerte Beigabe nach ein Ausbau der das Hafenfeld am Spandauer Schiffsahrkanal begrenzenden Straße „Süd-ufer“ zu einer Kaianlage, deren Baukosten gleichfalls die „Behaia“ tragen muß.

Nachdem die Gemeindebehörden noch im Spätherbst vorigen Jahres zugestimmt hatten, schritt man im Januar d. J. zur Abräumung des Erweiterungsgebietes. Mit den Bodenausschachtungen

Der agrarische Einschlag.

Zu Saarmund gehört noch eine Kolonie Saarmund im Gut, das wenige Jahre vor dem Kriege von dem bekannten Glieder Brinzen (Friedrich) Leopold gekauft wurde. Es sollte eine Musterwirtschaft angelegt werden, Besselschafzucht getrieben und dergleichen. Wenn man dem trauen darf, was der Volksmund erzählt, so ist allerdings aus der Musterwirtschaft eine Mißwirtschaft geworden — weder die Besselschafzucht, noch ein späterer Hundepark existieren mehr, mit zwei Gespannen soll eine große Fläche bestellt werden, Kartoffeln werden in sandigen Boden gepflanzt und guter Boden, an dem es dem Gute nicht fehlen soll, bleibt unbearbeitet und verkalte. Dazu Prozesse mit den Angestellten usw. Auf wem die Schuld ruht, daß solch Gerede umherläuft, kann hier natürlich nicht entschieden werden, uns genügt, diese Ansicht als Stimmungs-

Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.
Uebersetzt von Hermann Rix.

Ein langer, ausdauernder Kampf wurde in diesem Punkt zwischen ihnen geführt, ein Kampf, worin Madam Frank immer der angreifende Teil war und ihn von Stellung zu Stellung trieb. Aber er war standhaft. Weder Prügel noch böse Worte machten Eindruck auf ihn, und zuletzt mußte sie ganz auf den Gedanken verzichten, es ihm abzugewöhnen, betrunken nach Hause zu kommen. Dafür nahm sie all ihre Energie zusammen, um ihm jeden Ausweg abzuschneiden, sich Geld zu verschaffen.

Aber heute hatte sie eine Niederlage erlitten. Nicht allein, daß das Geld in die Kneipe wanderte, statt dem Haushalt zugute zu kommen, wo man seiner so dringend bedurfte; sondern sie hatte sich auch an der Nase herumzuführen lassen von dem sanften, feigen, widerwärtigen Trunkenbold! Die lange, hagere, knochige Madam Frank war nicht dazu geschaffen, die Hände lange in den Schoß zu legen und über die Zwecklosigkeit des weiteren Kampfes zu seufzen. Sie gehörte zu denen, für die der Kampf selbst eine Notwendigkeit ist. In ihr loderte das Feuer, das seine Opfer immer wieder antreibt, von neuem den Versuch zu machen, sich von jeder Niederlage gestärkt zu erheben und zuletzt stehend zu sterben, ein „Es lebe der ewige Streit!“ auf den Lippen.

Auch heute nahm ihre Verzweiflung ein jähes Ende, da sie mitten in ihrem Schnauben zu schnupfern begann und dann in die Küche stürzte, um nachzusehen, ob die Wäsche nicht anbrannte.

Sie puhte sich die Nase, wuschte die Augen mit ihrem nassen Unterrock ab und war nun wieder eitel Emsigkeit, warf noch ein paar Ringe unter einen Kochtopf, damit es langsamer tochen sollte, ließ aufs Feld und holte eine Schürze voll getrockneter Kuhlfladen zum Feuere, drehte im Vorbeigehen andere um, damit sie auch auf dieser Seite trocken werden konnten, verschlang, während sie hin- und herfuhr, einen Kuntzen mit Schmalz und einen Salzhering und schleppte dann den schweren Korb Rollwäsche fort.

Drüben traf sie die Mutter Jantzen, die in ihrem eigenen Fett die Straße entlang geschwommen kam. Mutter Jantzen blieb stehen, wuschte den Schweiß von ihrer glühend roten Fleischmaste und sagte gutmütig-bedauernd:

„Sie rackern sich zu Tode ab, arme Madam Frank.“
„Dazu ist unsereins wohl genötigt, weil man keine Mädel

hat, die einen versorgen können,“ erwiderte Madam Frank und eilte weiter.

Mutter Jantzen glich in diesem Augenblick einer gutmütigen, für Weihnachten gemästeten Ente, die an einem Was ruft und plötzlich entdeckt, daß es quackschwebend ist. Sie setzte sich vor Schreck förmlich auf den Schwanz und starrte der giftigen Madam gelähmt nach.

Dann sammelte sie mit ungeheurer Kraftanstrengung ihr Fett, strich mit gekrümmtem Zeigefinger den Schweiß zusammen, der in den Krollhaaren um ihr Doppelkinn herum einen Tropfenbehaß gebildet hatte, und klatschte ihn gegen das Pflaster ab. Und dann schwamm sie wieder langsam weiter, einen einseitigen Ausdruck in ihren treuerzigen Dorchaugen und ein Gefühl von Rahmheit in dem Fettgewebe und den Muskeln, als hätte sie einen elektrischen Strom berührt.

Die giftige Rede zielte darauf hin, daß Mutter Jantzen im Winter Seancen für heimkehrende Seeleute veranstaltete, unter dem trefflichen Beistand ihrer beiden Töchter Olivia und Susanne.

Madam Frank schleppte inzwischen ihren Korb Rollwäsche weiter.

Da: bei dem Hause des Kaufmanns lagen kleine Kohlen, die irgendein Wagen verloren hatte; sie stieß sie mit dem Fuß in ein Brenneisenbehälter hinein, um sie auf dem Rückweg aufzusammeln, warf einen scharfen Blick in Siversens Kellerkneipe hinunter und bog in den Torweg des Kaufmanns ein.

Oben an der Rolle waren Leute, und sie mußte sich ein wenig sehen, um zu verschauen.

Aber obwohl ihr von dem schweren Korb die Arme wehtaten, konnte sie die Untätigkeit doch nicht lange aushalten. Sie fing an, sich mit den beiden Dienstmädchen des Kaufmanns herumzuzanken, weil sie faulenzten und, statt ihre Arbeit zu verrichten, mit einem Knecht kokettierten, der drinnen auf dem Speicher damit beschäftigt war, Samentörner zu säen.

Und was war das für ein Burleske! Jonas Paulsen war's ein verheirateter Mann, der in jedem Winkel ein uneheliches Kind hatte. Gott und alle Welt wußten, was der von einem Mädchen wollte, wenn er es ansah. Und seine eigene Frau hatte er zur Sau gemacht, die krank und im größten Schmutz lebte; und sie war doch einmal ein so nettes Mädchen gewesen! — — — Aber lachen die beiden Mädel ihn deshalb etwa weniger freundlich an? Nein, sie wetterten darin, ihm zu zeigen, daß sie ihn gern mit Haut und Haaren verspeisen würden!

Madam Frank machte der Anblick der beiden rasend.

Und als die eine von ihnen das Unglück hatte, ihre Schürze zu verlieren, lachte sie boshaft und sagte:

„Ja, es wird wohl in Erfüllung gehn.“ Und dabei sah sie scharf nach Jonas Paulsen hin.

Das Mädchen wurde rot und antwortete boshaft:

„Hast du vielleicht deine Schürze verloren, als du damals ins Unglück kamst? Ja, lehr' du vor deiner eigenen Tür.“

Und die beiden Mädchen fingen an zu lachen und rollten ganz langsam, um sie zum besten zu haben.

Aber als Madam Frank die Gebuld verlor und mitdrehen half, da mußten auch sie ordentlich anpacken und die Arbeit beendigen.

Thorvald war mitten in der Flegelzeit — im fünfzehnten Jahr.

Im übrigen behauptete seine Mutter, er sei all seiner Lebtag in diesem wenig lieblichen Alter gewesen und werde auch nie darüber hinauskommen; und die Leute waren geneigt, ihr recht zu geben.

Er war ein langer, knochiger Ketel wie sie und hatte ihr energisches Naturell.

Aber bisher hatte seine Energie sich hauptsächlich in Scheimenstreichen offenbart.

Von allen Seiten wurde über ihn geklagt. Der Pfarrer klagte darüber, er störe beim Konfirmandenunterricht, der Lehrer klagte von der Schule aus, und die Leute ringsum im Städtchen klagten.

Die Mutter raste nach allen Seiten, wenn die Beschwerden einliefen — sie raste gegen ihn, gegen die Klagen und nicht am wenigsten gegen ihren Mann. Der Junge selbst setzte bloß sein verstocktes Grinsen auf. Dieses Grinsen kennzeichnete ihn in der Meinung der Leute — und fällte ihn.

Natürlich war er ein Bösewicht, aber trotzdem konnte es ein gutes Ende mit ihm nehmen. Andere Knaben machten auch dumme Streiche — und verursachten zuweilen auch Skandale der ärgerlichsten Art. Wenn es aber entdeckt wurde, weinten sie und bereuten und versprachen Besserung und Buße. Thorvald dagegen grinste, sogar als er auf dem Rathaus wegen Unzucht durchgeprügelt wurde — er setzte eine Ehre in seine Schande.

„Er wandert auf geradem Wege zum Nichtplatz hin,“ hatte bei jener feierlichen Gelegenheit der Schultheiß gesagt. Und selbst die, die immer verachteten, bei den guten Seiten der Menschen zu verweilen, schüttelten bedenklich den Kopf und erklärten, da sei Hopfen und Malz verloren.

(Fortsetzung folgt.)

wurde im Sommer begonnen, aber erst gestern fand die Feier des ersten Spatenstiches statt. An ihr beteiligten sich Mitglieder des Berliner Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, des Bezirksamtes Wedding und der Bezirksversammlung, Vertreter von Staats- und Reichsbehörden, von Industrie, Handel, Schifffahrt und Expedition. Der Hofen hatte bescheidenen Schmuck angelegt, Fahnen in den Farben der Stadt Berlin und bunte Wimpel. Auf dem Festplatz am Ronde der bereits in ansehnlicher Länge und Breite ausgehobenen Baugrube war eine von Girlanden umkränzte Rednerbühne errichtet. Im Namen der „Schola“ begrüßte Generaldirektor Ullmerup die Festteilnehmer. Oberbürgermeister Stahn, der die Glückwünsche des Handelsministeriums überbrachte, wies auf die Bedeutung der Binnenwasserstraßen hin und auf die daraus sich ergebende Notwendigkeit, auch gute Hafenanlagen zu schaffen. Oberbürgermeister Böck hob die von dem Londoner Vertrag und dem Eisenbahngesetz zu erwartenden Wirkungen hervor, und er betonte die Möglichkeit, durch leistungsfähige Wasserwege ein Gegengewicht zu schaffen. In dem Wasserwege müsse Berlin durch weiteren Ausbau die Stellung erhalten, die diesem Mittelpunkt der Industrie und des Handels zukommt. Nachdem der Oberbürgermeister mit einem Hoch auf Berlin seine Weiherede geschlossen hatte, nahm — auf ein Zeichen von ihm — ein nahe dem Festplatz aufgestellter grolandengeschmückter Rüsselbagger seine Arbeit auf. Mit jedem seiner „Spatenstiche“ ersetzte er zwei Kubikmeter Erde, die er in die Voren eines bereitstehenden Feldbahnguges ausschüttete.

Die Erweiterung vermehrt das Gelände des Westhafens von 29,6 Hektar um 9,5 Hektar auf 39,1 Hektar. An den 9,5 Hektar ist die Hafenschlucht mit 6,8 Hektar, die Wasserfläche mit 2,7 Hektar beteiligt.

Einigung im Rathaus?

Am gestrigen Dienstag haben im Berliner Rathaus Besprechungen der Fraktionsführer stattgefunden. Nach dem bisherigen Ergebnis kann man annehmen, daß am Donnerstag die Arbeitsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung wieder hergestellt wird. Die bürgerlichen Parteien haben sich bereit erklärt, ihre Obstruktion gegen den Vorsteher Hof aufzugeben, wenn die strittige Frage der Auslegung des § 42 der Geschäftsordnung im zuständigen Ausschuss geklärt wird. Dieser Klärung wird sich die sozialdemokratische Fraktion nicht widersetzen und damit würde die Möglichkeit geschaffen sein, die Arbeiten wieder ordnungsgemäß aufzunehmen. Die Donnerstagssitzung wird allerdings noch nicht unter der Leitung des Vorstehers vor sich gehen, da Genosse Hof wegen der Teilnahme an dem Verbandstag der Buchdrucker in Hamburg nicht in Berlin sein wird. Man kann also damit rechnen, daß der Berliner Stadtrat endlich zur Verabschiedung gelangt. Allerdings wird dann auch der Abbau des Magistrats seinen Gang nehmen, da gegen diesen Willkürakt der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nur der Appell an die im Gesetz vorgesehene richterliche Instanz übrig bleibt. Friedlich wird deswegen die nächste Sitzung wahrscheinlich doch noch nicht verlaufen, denn die Kommunisten werden, vereint mit den Deutschnationalen, schon für den nötigen Abbau sorgen.

Bürgermeister Scholtz geht?

Es ist ein a. d. Kaiser sucht zurzeit einen neuen Oberbürgermeister. Wie wir hören, figuriert unter den Namen der Bewerber auch der bei und noch nicht sehr warm gewordene neue Bürgermeister Herr Scholtz. Vielleicht wird der Bürgerblock seinen Kandidaten alsbald wieder los und der Kuhhandel von den Deutschnationalen bis zu den Demokraten kann von neuem beginnen. Viel Glück!

Städtische Grundstücksäufe.

Erwerb des Rittergutes Brih.

In den letzten Monaten hat die Stadt Berlin ihren Grundbesitz nicht unwesentlich erweitert. In den Druckladen der Stadtverordnetenversammlung befinden sich u. a. Vorlagen des Magistrats über den Ankauf des Schlosses Ruhward in Charlottenburg, den Ankauf einer großen Schöneberger Besitzung des bekannten volksparteilichen Abgeordneten Garnich, über den Erwerb größerer Grundstücke in Lübars-Waldmannstuf u. a. m. Die dafür ausgeworfenen Summen sind zum Teil sehr beträchtlich und gehen insgesamt in die Millionen Goldmark. Jetzt hat die Neuköllner Grundeigentumsdeputation den Ankauf des Rittergutes Brih für die Stadt beraten und ist zu einem einstimmigen Beschluß zugunsten des Ankaufs gekommen. Das Rittergut Brih befindet sich zurzeit im Besitz der Wredelchen Erben, sein Umfang beträgt ungefähr die Hälfte des früheren Neukölln. Es ist für die spätere Wohnungs- und Siedlungsplanung der Gemeinde von äußerster Wichtigkeit. Ein großer Teil dieses Komplexes soll möglichst bald der baulichen Aufschließung zugänglich gemacht werden, während der größere Teil vorläufig noch landwirtschaftlichen Zwecken dienen soll. Das Projekt entspricht einem langgehegten Plan der Neuköllner Verwaltung. Da in Neukölln alle Parteien für diesen Ankauf eintreten, so ist zu hoffen, daß die städtischen Körperschaften keine Schwierigkeiten machen werden. Nach den bisherigen Abmachungen soll der Kaufpreis 5,5 Millionen Goldmark betragen, wovon eine Anzahlung von 1,8 Millionen Goldmark zu erfolgen hätte. Davon soll die Stadt Berlin 1 Million und die Wohnungsfürsorgegesellschaft 800 000 M. aufbringen. Der Rest von 4 Millionen Mark wäre mit 6 Proz. zu verzinsen. Am heutigen Mittwoch dürfte der Berliner Magistrat sich mit diesem Projekt erneut beschäftigen. Entschieden er sich für den Ankauf, so geht die Angelegenheit an den städtischen Grundstücksausschuß, nach dessen Zustimmung der Vertragsabschluss unmittelbar erfolgen könnte. Es ist erfreulich, daß die Stadt in der Lage ist, eine so merkenschwerte Bodenpolitik zu betreiben, die in den nächsten Jahrzehnten der Bevölkerung außerordentlich zugute kommen wird.

Das Lühowsche Landerziehungsheim.

Eine Berichtung und weitere Feststellungen.

In Nr. 411 unseres Blattes vom Montag Abend haben wir mit dem merkwürdigen Erziehungsheim des Lühowschen Landerziehungsheims in Jossen berichtet. Der Anwalt des Angeklagten, Dr. Bassentin, sendet uns dazu folgende Berichtung: Herr von Lühow hat die früher von ihm in Budow geleitete Anstalt darum aufgefordert, weil die dortigen Anstaltsgebäude zum Teil vom Bürgermeister für die Armenpflege in Anspruch genommen werden sollten, nicht aber, weil eine dort die Behandlung der Kinder durch Herrn von Lühow in irgendeiner Weise beeinträchtigt wurde. Demgemäß sind auch sämtliche Kinder aus Budow bis auf zwei in das neue Heim nach Jossen mit übergesiedelt. Das jetzige Verfahren ist auf die Anzeige von Eltern eines Schülers erlassen worden, der zwar eine Hilfsschule besuchte, also als geistig zurückgeblieben gelten muß und den Lehrern und anderen Schülern als nicht wahrheitsliebend bekannt ist. Eine weitere Anschuldigung ist von selten eines Knaben erhoben, der sich des Diebstahls schuldig gemacht habe und deshalb einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sei. Wie ist mit einer Hundepiße oder einem biden Rohrstock geschlagen worden. Auch nie auf nackte Körperseite. In der Regel waren bei der Züchtigung andere Personen als Frauen zugegen. Niemals sind auch annähernd nur soviel Stockschläge, wie angegeben, erteilt worden, sondern in der Regel 5 bis 10 mit einem dünnen Rohrstock, oft aber auch weniger. Niemals sind Kinder blutig geschlagen worden. Irgendwelche sadistischen oder anormalen Triebe liegen bei Herrn von Lühow nicht vor. Der beste Beweis dagegen ist, daß die Elternversammlung nicht etwa Herrn von Lühow Bewunderung machte, sondern einstimmig bis auf die Mutter jenes Schülers von vornherein sich hinter ihn stellte, ihm ihr vollstes Vertrauen aussprach und auch bei der Regierung durch einzelne Mitglieder persönlich für Herrn Dr. von Lühow eintrat. Von einer Schließung der

Anstalt durch die Regierung ist keine Rede. Die Regierung hat ihre Entscheidung selbstverständlich von dem Ausgang des gerichtlichen Verfahrens abhängig gemacht. Bisher ist Herr von Lühow sowie seine aktiven Lehrer weder gerichtlich noch polizeilich vernommen worden. Im übrigen hat Herr Freiherr Dr. von Lühow selbstverständlich die Konzeption zum Betriebe seines Landerziehungsheimes.

Wie immer diese Dinge liegen, wird die Gerichtsverhandlung gegen den freierlichen Jüngerzueher ergeben müssen. Wir nehmen wenigstens als selbstverständlich an, daß die Staatsanwaltschaft einschreiten und nicht vor dem Freiherrn von Lühow halt machen wird. Wir können aber auch heute in Ergänzung unseres ersten Berichtes noch hinzufügen, was uns der Jugendpfleger E. R. Rosenberg des Bezirksamtes Kreuzberg aus eigener Erfahrung und Anschauung über die Kinderhölle in Jossen, wie er die Lühowsche Anstalt nennt, mitteilt. Rosenberg hat Anfang Juli die Anstalt besucht und fand zunächst, daß das Arbeitszimmer des Freiherrn wohl sehr schmerzhaft eingerichtet ist, daß aber die Schlaf- und Wohnräume der Schüler durchaus ungenügend waren. In kleinen Stuben standen 4, ja sogar 5 Betten, und einzelne Schüler waren im sogenannten Gartenhaus untergebracht, das wie ein Pferdestall ammutete. Genosse Rosenberg wurde von einer Verwandten des Freiherrn durch die Anstalt geführt, die selbst zugab, daß die Jünger viel geprügelt wurden. Genosse Rosenberg hatte sodann Gelegenheit, mit mehreren Jünglingen zu sprechen, die ihm glaubwürdig versicherten, daß der Freiherr sie mit dem Rohrstock auf das nackte Gesicht geschlagen, den entblößten Körperparten vorher gestreichelt und die Mißhandlungen näher gefühlt habe. Der Sohn eines Herrn L. aus Zehlendorf wurde schwer mißhandelt, weil er zwei Bettfedern zerbrochen hatte. Auch er wurde im Badezimmer geprügelt und schrie so laut, daß es durch das ganze Haus schallte. Ein Knabe befindet sich in der Anstalt, der Boffy genannt wird. Als der einst vom Freiherrn geschlagen werden sollte, versetzte er dem Erzieher eine Backpeife. Seit der Zeit wird er nicht mehr geschlagen, sondern nur „geföhlt“. Der Freiherr hat ihn außerdem zum stellvertretenden Heimleiter ernannt.

Jedenfalls ist es durchaus notwendig, daß über die mancherlei merkwürdigen Dinge in der Anstalt durch eine Gerichtsverhandlung Klarheit geschaffen wird.

Echt böllisch!

Wegen Betrug und Urkundenfälschung vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte mußte sich gestern der 19 Jahre alte Handlungsgehilfe Hans Biebed, der bekanntlich im Verdacht steht, den vierzehnjährigen Schüler Günther Beyer im Mahlsdorfer Wald heimtückisch als polizeilichen Begleiter erschossen zu haben, wegen Betruges und Urkundenfälschung verantworten.

Der Angeklagte, der bei Ermahnung dieser Straftat in der Verhandlung erklärte, daß höchstens jährliche Löhne in Frage komme, ist anscheinend von einem chronischen Wandertrieb befallen, der sich periodisch bemerkbar macht. Er ist schon des öfteren aus dem Elternhause fortgelaufen, hat große ausgedehnte Fruktionen unternommen und ist durch Italien, Schweiz, Desterreich, Frankreich und Holland gekommen, zum Teil als blinder Passagier. Verschleudert ist er auch schon wegen Bettelns vorbestraft. Nach Verlassen der Schule, die er bis Obertertia besuchte, hielt er es für an der Zeit, sich polizeilich zu betätigen und bekam angeblich Anstoß in die Revise von Hitler. In kommunistischen Versammlungen soll er mit Revolver und Gummirollen aufgetreten sein. Schließlich gelang es seinen Eltern, ihn in einem Reisebüro unterzubringen, wo sein jetziger Mitangeklagter, der Major a. D. v. Strang, sein Abteilungschef war. Hier verübte er nun zunächst in der Weise Betrug, daß er von den Reisenden höhere Bahngeldern verlangte und die Quittungen der Konsulate fälschte. Eine weitere Einnahmequelle verschaffte er sich weiter dadurch, daß er telegraphische Postanweisungen, die sich Reisende nach dem Bureau schicken ließen, auf einen niedrigeren Betrag fälschte und den Ueberschuß einbehielt. Der Ankläger hierzu ist nach seiner Behauptung der Major, der jedoch angab, gütig gegenüber dem Angeklagten gebandelt zu haben, und Geld von ihm angenommen zu haben. Es konnte jedoch der Nachweis geführt werden, daß der Major erhebliche Forderungen in einer Vorhalle, die anscheinend der Ausgangspunkt der gemeinschaftlichen Betrügereien waren. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der sehr bescheiden austrat, zu drei Monaten Gefängnis und billigte ihm Bewährungsfrist zu. Der zweite Angeklagte, Major a. D. v. Strang, wurde zu der gleichen Strafe verurteilt.

Feuer in den Siemens-Schulderwerken.

Auf noch nicht geklärt Ursache brach gestern nachmittag in der Sattlerei des Wernerwerkes der Siemens-Schulderwerke Charlottenburger Str. 63 Großfeuer aus. Unter den beiden Jügen der Werksfeuerwehr eilten zwei weitere Jüge der Charlottenburger Wehr unter Leitung des Baurats Leppe an die Brandstelle. Starke Dualentwicklung verhinderte das Vorgehen der Wehr. Der Auf „Großfeuer bei Siemens“ löste eine große Anzahl Requirierter vor die Werk. Mit zwei O- und 1-B-Rohr wurde fast zwei Stunden lang Wasser gegeben. Erst nach dieser Zeit gelang es, die Nacht des Feuers zu brechen. Durch tatkräftiges Eingreifen der Wehr konnte ein Uebertreten des Feuers auf die benachbarten Abteilungen, in denen sich leicht brennbare Stoffe befinden, vermieden werden. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die Abendstunden hin.

Siedlungen für erblindete Kriegsteilnehmer.

Eine größere Anzahl der Mitglieder des Bundes erblindeter Krieger beschäftigt sich in Groß-Berliner Vororten anzuhäufeln. Der Bund hat bei der Wohnungsfürsorge G. m. b. H. den Antrag auf Gewährung von Hauszinshypotheken gestellt. Die Finanzierung der einzelnen Bauvorhaben läßt sich aber mit Hilfe der Hypotheken allein nicht durchführen, da die Beteiligten über nur sehr geringe eigene Mittel verfügen. Durch die im Felde zugezogene Erblindung haben fast ausschließlich alle Mitglieder des Bundes ihren früheren Beruf wechseln müssen und

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 3. September.
Tagessitzung, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbörsen. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—5.30 Uhr nachm.: Unterhaltungsmusik (Berl. Funkkapelle). 5.45 Uhr nachm.: Vortrag: Berte Bartholomé: „Tanz als Schule der Gesundheit und Grazie“. 7.45 Uhr abends: Vortrag: Von schönem und nützlichem Gärten. Dr. Ebers, Geschäftsführer der Gartenbauabteilung an der Landwirtschaftskammer Brandenburg: „Wie pflanze ich meinen Garten“. 8.30—10 Uhr abends: Künstler in Not. Nichts ist trauriger, niemand beklagenswerter als ein Künstler in Not. Er, der sich zum Beruf erwählt, die Menschen zu erfreuen und zu beglücken, steht hilflos gegenüber einer den Stärmen und Brandungen des Lebens gegenüber. Nach der Sonne, nach dem Höchsten strebt er; anmutig, erschütternd gibt er, der Himmelsseucher, den Kampf auf, dem er nicht gewachsen zu sein vermeint: den Kampf mit dem Leben.“ Aus einem Nekrolog auf Mozart. Aus Werken von Beethoven, Mozart, Schubert, H. Wolf, Heino, Kleist und Lillencron. Mitwirkende: Grete Krüger (Sopran), Ida Orloff (Kantate), Stefan Frankel (Violine), Manfred Lewandowski (Bariton). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther. Einführende Worte: Dozent Dr. Heinrich Michaelis, Geschäftsführer Vorsitzender der gemeinnützigen Vereinigung zur Pflege deutscher Kunst (Berliner Abende). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten.

können nur mit einem geringen Einkommen rechnen, so daß Ersparnisse nicht gemacht werden können, und wenn diese vorhanden waren, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gänzlich einwertet wurden. Der Bund hat daher die Stadt gebeten, über die Gewährung der Hauszinshypotheken hinaus die Beteiligten durch Gewährung von Darlehen zu unterstützen. Unter Würdigung der dargelegten Gründe hat der Magistrat im Einvernehmen mit der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen beschlossen, aus Vorbehaltsmitteln 200 000 Mark bereitzustellen, die zinslos als Hypothek gegeben werden sollen, jedoch nach dem Ableben des erblindeten Hypothekenschuldners von dessen Hinterbliebenen zu verzinsen und zu amortisieren sind. Der Stadtverordnetenversammlung ist entsprechende Vorlage zugegangen.

Hau aus dem Zuchthaus entlassen.

Erinnerungen an einen Sensationsprozess.

Wohl selten hat ein Prozess ein solches Aufsehen erregt, als die wochenlangen Verhandlungen gegen den Rechtsanwalt Karl Hau, der vor zwanzig Jahren vor dem Schwurgericht in Karlsruhe unter der Anschuldigung des Mordes sich zu verantworten hatte. Es war ein Sensationsprozess in des Wortes verwoogenster und überster Bedeutung. Der nicht allzu große Raum des Karlsruher Schwurgerichtssaales war täglich zum Erdrücken voll. Das Publikum, namentlich aber die Frauen, machten frampfsache Versuche, der Verhandlung beizumohnen zu können, und es kam oft vor und während der Verhandlung zu den erregtesten Szenen. Dieses Interesse galt den Personen, die dabei eine Rolle spielten und die alle der sogenannten guten Gesellschaft angehörten, und den geheimnisvollen Umständen und Begleitmotiven des Prozesses. Pressevertreter großer amerikanischer Zeitungen wohnten den Verhandlungen bei und lieferten täglich spaltenlange Berichte nach Amerika.

Karl Hau war amerikanischer Rechtsanwalt, der häufig zu Geschäftsreisen in Deutschland weilte. Bei einem dieser Besuche lernte er auch die verwitwete Frau Medjina Kolitor kennen und verheiratete sich mit ihrer ältesten Tochter. Eines Tages wurde Frau Kolitor, als sie sich mit ihrer zweiten Tochter Olga, einer großen blonden Schönheit, auf dem Spaziergang in Baden-Baden befand, von einem Mann in Verfolgung und Mord hintertrieben erschossen. Die Staatsanwaltschaft hatte Hau als Täter bezeichnet und in langer, mühseliger Arbeit einen Indizienbeweis gegen ihn zusammengetragen. Vieles sprach dafür, daß Hau der Täter war, vieles blieb aber ungeklärt und rätselhaft. Man erfuhr aus der an Spannung und Ueberraschung überreichen Verhandlung, daß Hau in seine schöne, blonde Schwägerin verliebt war. Er selbst spielte eine merkwürdige Rolle vor Gericht. Er schwieg zu allen Beschuldigungen, er leugnete die Tat, blieb aber sonst während der ganzen Verhandlung stumm. Starren dramatischen Gedrucks machte die Vernehmung der Olga Kolitor. Von Tränen überströmt, wandte sie sich wiederholt zum Angeklagten mit lebend erhobenen Händen, als wolle sie sagen, erlöse uns alle und löse das Geheimnis. Aber Haus Mund blieb verschlossen. Olga Kolitor bezeugte und beschuldigte den Schwager nicht, aber man hatte den Eindruck, daß sie mehr wisse als sie zugab. Hau wurde damals zum lebenslänglichen Zuchthaus begnadigt. Nach der Revolution bestimmte man, daß er am 1. April 1925 aus dem Zuchthaus entlassen werden solle. Da er sich in all diesen zwanzig Jahren vorzüglich geführt hat, ist er jetzt bereits entlassen worden. Hau ist nun frei. Das Geheimnis des Mordes ist aber bis auf den heutigen Tag noch nicht aufgeklärt. Vielleicht veröffentlichen Hau seine Memoiren. Das ist ja jetzt so beliebt und modern!

Der schlechteste Spree-Übergang.

Zwischen der Oberbaumbrücke beim Schifflischen Tor und der Tresowbrücke in Niederschöneweide, also auf Entfernung von mehr als einer Wegstunde, befindet sich nur ein einziger Übergang über die Spreetree und auch nur für Fußgänger, nämlich der neben der Treptower Ringbahnbrücke. Man bedenke, welchen zeitraubenden Umweg Geschäfts- und Personenzüge, die von Treptow und Neukölln kommen, nehmen müssen, um nach Lichtenberg und Rummelsburg zu gelangen. Aber auch der Fußgängerweg von Treptow nach Straußal hinüber ist dem tiefer gelegenen Verkehr an dieser Stelle längst nicht mehr gewachsen. In den Hauptverkehrszeiten und am Sonntag stauen sich häufig die Menschenmassen, schieben sich langsam Schritt für Schritt aneinander vorbei. Es gehören wirklich Nerven dazu, diesen nichts weniger als großstädtischen Weg zu passieren. Er ist stellenweise nur einen Meter breit, hat an beiden Enden eine Steigung, drei Eintreppen mit je drei Stufen und ein ganz miserables, schief liegendes Kälter. Die Enteignung anstehenden Geländes wäre nur möglich bei Anlegung einer Fußbrücke. Freiwillig werden die Anlieger das benötigte Land kaum hergeben. Nach dem westlichen Spreeauf ist die Verbreiterung der Brückenanlage durch den Ditchsen nicht mehr möglich. Dagegen würde die Anlage eines durch den jetzigen Steg vom Treptower Park oder von dem dortigen städtischen Steinplatz aus nicht auf allzu große Schwierigkeiten stoßen. Jedenfalls muß hier, sobald es die Finanzen erlauben, endlich etwas Durchgreifendes geschehen, um das Konstrum des jetzigen Fußgängersteiges durch eine würdige große Verkehrsanlage zu ersetzen.

Die preussischen und sächsischen Lotterien.

Vor längerer Zeit eingeleitete Verhandlungen zwischen der Preussischen Generalotteriedirektion und der Direktion der Sächsischen Landeslotterie über die gegenseitige Freigabe der Klassenlotterien von Preußen und Sachsen sind zum Abschluß gekommen. Durch die getroffenen Vereinbarungen wird es ermöglicht das bisherige Verbot für Staatsangehörige beider Länder, in der Klassenlotterie des anderen Landes zu spielen, für die Dauer der Vereinbarung aufzuheben. Die Vereinbarung zwischen den beiden Lotterieverwaltungen ist in der Hauptsache auf der Grundlage gemisser Kontingenterungen bezüglich der Loszahl und der Lospreise getroffen worden, daß sich die Sächsische Lotterieverwaltung verpflichtet, die Zahl der Lose der Sächsischen Landeslotterie nicht über ein bestimmtes Verhältnis der Loszahl der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie zu vermehren und den Preis der Lose demjenigen für die Lose der Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie anzupassen. Durch die Aufhebung des Spielverbots wird ein Zustand beseitigt, der den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht.

Brandstiftung auf Briefkästen. Eine neue „Spezialität“, die auf die Täterschaft eines bösen Wubens schließen läßt, beschäftigt nenerdings die Kriminalpolizei. In den verschiedensten Stadtteilen wurde der Inhalt der Briefkästen verlobt oder teilweise verbrannt aufgefunden. Offenbar hat der Täter, wie es vor Jahren schon einmal der Fall war, angefeitetes Papier in den Kästen geworfen und dieses dann entzündet. Mitteilungen, die dazu dienen können, diesem Unfug zu steuern, nimmt die Kriminalpolizei mit größter Aufmerksamkeit entgegen.

Das Ausströmen von Ammoniakgas hatte am Montagnachmittag um 2 Uhr 30 vor dem Hause Alexanderstraße 46/48 einen großen Zulauf zur Folge. Dort waren im Keller des Lokals „Groß-Berlin“ des Inhabers Karl Keller aus zwei Ammoniakfässern durch Unachtsamkeit ein großer Gas ausgetreten, welche die Kellerräume anfüllten. Ein im Nebenraum arbeitender Koch des Lokals mußte flüchten, hatte jedoch schon soviel Gas eingeatmet, daß er Vergiftungserscheinungen zeigte und tobüchtig wurde. Er wurde von der Feuerwehr nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Feuerwehr konnte nach einständiger Tätigkeit wieder abrufen.

Die Orchester der Preussischen Festspiele werden gefeiert, zu der am 7. September stattfindenden 3. Tagessitzung im Großen Schauspielhaus um 8 Uhr am belannten Treffpunkt vollständig zu erscheinen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S. 66, Lindenstraße 3.

Achtung! Die Kaffierer der 16. und der 70. Abteilung haben trotz allen Wahnens die Abrechnung über die Reichstagswahl noch immer nicht geliefert.
Die 77. und die 98. Abteilung haben trotz wiederholten Erforderns die Mitgliederlisten bei Schluß des 1. Quartals ebenfalls noch nicht abgegeben.
In 26 Abteilungen stehen noch immer Sammellisten für die Reichstagswahl aus. — Die betreffenden Abteilungen werden demnächst an dieser Stelle befragt werden. Die Abteilungsreferenten werden ersucht, dafür zu sorgen, daß keine Schlamperen einreißt.
S. H. Mey Bogels.

- 2. Kreis Kitzingen. Donnerstag, den 4. September, 7 1/2 Uhr, bei Trümpfer, Hensburger Str. 3. Sitzung aller Wohlfahrts- und politischen Funktionärinnen. Betretung des Kreisverbandes und der Jugend erwünscht.
- 6. Kreis Kreuzberg. Donnerstag, den 4. September, 7 1/2 Uhr. Sitzung des Bildungsausschusses bei Reim, Uferstr. 26. Abrechnung, Einzelnungslisten mitbringen. Kartenausgabe.

- 14. Kreis Neukölln. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Akten der Wohlfahrtsämter im Bureau, Redaktionsstr. zurückzugeben. — Donnerstag, den 4. September, 7 1/2 Uhr, im Reichenhof des Kaiser-Friedrich-Realschulmanns, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Vollversammlung der SPD-Eitenbetriebe und der Pfl. „Schulaufbau“. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Eitenbetriebe. 2. Referent Genosse Dr. Eichenstein. 3. Auswahl des Vorstandes. 4. Bericht des Eitenbetriebs und Deber werden erlaubt zu erörtern.
- 9. Kreis Wilmersdorf. Freitag, den 5. September, 8 1/2 Uhr. Sitzung des Bildungsausschusses bei Stroß, Holsteinische Str. 60.

Morgen, Donnerstag, den 4. September:

- 32. Abt. 7 Uhr Funktionärkonferenz im Zimmer 55 der Schwie Bange Str. 31.
- 34. Abt. 7 Uhr bei Rolin, Gubener Str. 19. Funktionärkonferenz.
- 35. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärkonferenz mit den Eitenbetriebe, Betriebsleiterinnen und Referenten.
- 37. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Pfeiffer, Hausburg-Str. 2. Ohne Mitgliederbuch und Funktionärkarte kein Zutritt.
- 38. Abt. 7 1/2 Uhr bei Role, Große Frankfurter Str. 67. Funktionärkonferenz.
- 41. Abt. 7 Uhr bei Schulz wichtige Sitzung der Abteilungsleitung mit den Gruppenleitern und Kaffierern.
- 54. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärkonferenz bei Dieck, Konstr. 62. Thema: „Bericht vom Parteitag“.
- 106. Abt. Adlershof. Bereinigung ehemaliger Schüler der weltlichen Schule: 7 Uhr Mitgliederkonferenz in der Luisenparkstr. 10. Bericht des Herrn Gohardt Dr. Kocher: „Gesundheitspflege der Jugendlichen“. Gdte, Erwachsene sowie Jugendliche, willkommen.

- 118. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärkonferenz bei Schütz, Kronprinzen-, Ecke Schumannstr. — 118. Abt. 7 1/2 Uhr Abteilungsleiterkonferenz bei Schütz, Kronprinzen-, Ecke Schumannstr. Mitgliederlisten mitbringen. — Die Genossen Känie, Mociolet, Günther, Gliese werden hiermit besonders eingeladen.
- 148. Abt. Reichsbrüderlei. Nachmittags 3 1/2 Uhr bei Henning, Alexanderstr. 44. Mitgliederkonferenz. Tagesordnung: „Die Stellung der Fraktion im Reichstag“. Referent Genosse Bohm-Schub, R. d. R.
- 149. Abt. Sozialisten. Gruppe Hasen: Zusammenkunft im Reigenheim Schönheitsstr. 1, 5. Stock. Referent: Adolf Hoffmann: „Episoden und Ergebnisse aus dem Reichstag“. „Günstiges Gelingen“.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

52. Abt. Charlottenburg. Genosse Ränger, ein alter Parteifunktionär, ist verstorben. Einäscherung Donnerstag 4 1/2 Uhr Krematorium Gerichtstraße.



Hühneraug' auf Zeh' und Sohl'
Wirst du los durch Lebewohl!

In Drogerien und Apotheken. Verlangen Sie ausdrücklich „Lebewohl“ mit Filzring.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
6 Uhr: Lohengrin
Opernhaus
am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Der Barbier von Sevilla
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Viel Lärm um nichts
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Candida
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Schneid. Wibel
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr:
Cisar u. Cleopatra
Kammerspiele
8 Uhr:
Onkelchen hat geträumt
Theater i. d. Kaiserstr.
täglich 8 Uhr:
Nacht-Sonnenblumen
Komödienhaus
täglich 8 Uhr:
Mein Vetter Eduard
Berliner Theater
Tägl. 7.30:
Der süße Kavalier
Th. a. Nollendorpl.
Tägl. 7.25 u. 9.15:
Gösta Berling. I. T.
Mozartsaal
Tägl. 7 und 9 Uhr:
ROSITA
SCALA
8 Uhr:
Internat.
VARIETE
Reichshallen-Theater
Wieder täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang 8 Uhr
Dönhoff-Brettel
Orchester-Saal und Garten
Gr. Spezial-Programm
Anf. 7 1/2, Sonntag 8 1/2 Uhr

Rose-Theater

8 Uhr
Meine Braut —
Deine Braut
WINTERSPIEL
Winstons
tauch. Seelöwen
u. tauch. Nymphen
sowie der
Sept.-Spielplan!
Rauschen gestirbt!
Theater am
Hofbühnen
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm. 3 Uhr.
Elite-
Sänger
Fabelhaftes
September-
Programm!
Das
Dramatische Th.
1. 4. Quart. 30/31
7 1/2 Uhr:
Gilles u. Jeanne
von Georg Kaiser
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Der Prophet
Intimes Th. 8 U.
und 8 1/2 u. in. nach hien
Besuch im Bett etc.
Metropol-Theater
8 U. D. Welterschlager
Mascottchen
Th. i. Kommand. Str.
8 Uhr:
Mister Globetrotter
Operette v. O. Urack
Tribüne 8 Uhr:
D. Gatte d. Fräuleins
Eck, Lank, Kuss
Wallner-Theater
Tägl. 8 Uhr:
Uriel Acosta
METROPOL
VARIETE
8 Uhr:
Cris. Charlot Camp.
Zum ersten Male
in Deutschland!
Max Marzelli
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Tapptempel
Melitta Kleiser
Severo?
2 Roschallas
König Trio
Tom Jersey
Billige Eintritts-
preise!
Leiterwagen
u. alle ander. Trans-
portgeräte liefert
billigst.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Köpenicker Str. 71.
Tele. Lankendamm.
Keine Schaufenster-
Reklame, außerwesent-
lich billige Preise
Hecht
Tabak-
großhandel
Zigarren, Zigaretten,
Tabak billig
Lindenstr. 81
Süde Käsegarn
Tauf
Böhringer Str. 48
Kordem 4661



Canz Deutschland
wird über diese
Qualität erstaunt sein!

Jedermann, der „Schwan im Blauband“ ver-
sucht, wird zu der Überzeugung kommen,
niemals etwas Ähnliches gekostet zu haben.

„Schwan im Blauband“ verdankt ihr gutes Gelingen nicht etwa
einem Zufall, sondern jahrelangen systematischen Versuchen.
Sie können sich selbst hiervon überzeugen, indem Sie ein Paket
der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ kaufen. Schon
beim Öffnen werden Sie von dem herrlichen Aroma entzückt sein.

Preis 50 Pf. das Halbpfund
in der bekannten Packung.

**Schwan im
Blauband** frisch
gekümt

WIEN-BERLIN
Seit 25 Jahren
interessantestes
Unterhaltungs-Variete
EINTRITT FREI!
Großes September-Programm
Große Bierabteilung!

Metalbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.
Stahlmatt. ruten
n. Hoch. Vollerbaum. Metall. u. Drin. Günt.
Beding. Rat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Komische Oper
Direktion: James Klein
7 1/2 Uhr Allabendlich 7 1/2 Uhr
Die gewaltigste und größte Revue aller Zeiten:
Das hat die Welt
noch nicht gesch'n

Innungskrankentasse
der Juweliere, Gold- u. Silber-
schmiede (Zwangsinnung) zu
Berlin.
Bekanntmachung!
Die 12. Satzungsänderung unserer Tasse
(Einführung von Familienhilfe) ist vom
Oberverwaltungsamt genehmigt.
Die Familienhilfe ist seit dem 1. Juli
1924 in Kraft.
Genehmigt
Charlottenburg, 22. August 1924.
Oberverwaltungsamt Berlin.
Wenzl.
Kaufzeitung, 109/17
11 R. K. 487/24.
Druckdruck der Satzungsänderung sind
nach Fertigstellung des Drucks im Kosten-
loste zu erhalten.
Der Vorstand.
Max Koff, Sec. Hugo Berg, Schriftf.

Wohnungstausch
in u. nach Berlin
sowie von Berlin
nach auswärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
**Groß-
Berliner Wohnungsanzeiger**
als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.
Verband mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäfteverkäufe
Bei allen Zeitungsbandlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzeigennahme:
Zeitungscentrale (ZZ) Aktiengesellschaft.
Jerusalemstr. 56 a. Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

Kleines Theater
8 Uhr: Der
Teufelsadvokat
Eine Casanovakom.
mit
Ferdin. Bonn
Trianon-Th.
Tägl. 8 Uhr:
Der
Familienklex
mit
Jul. Falkenstein
Lessing-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die große Boyae:
Wien gib acht!
Ueb. 150 Mitwirkende
Karten 2-16 Mark
Kasse des ganzen Tag geöffnet!
Casino-Theater
Täglich 8 Uhr:
Das erstkl. bunste Progr.
Zum Schluss:
Der Eröffnung-Schlag.
Nach Liebe schön sein!
Komödie in 4 Aufz.
Volksüml. Preise
7 1/2 Central-Th. 7 1/2
Alte Jakobstr. 32
Dir.: Hans Felix
G'wissenswurm
Karl Dittger, Rob. Müller,
E. 366, Isidor-Sarb, St. Jan
Mittw. u. Sonnab.
3 1/2 phigene 3

URANIA Taubenstr. 48/49
Untergrundbahnhof Kaiserhof
Vom 1. bis 7. September, 7 Uhr abends
6. und 7. September auch 5 Uhr nachm.
ERSTAUFFÜHRUNG

COLUMBUS
der Riesendampfer des
NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN
FILM-VORTRAG
Obering. DREYER Hannover
Zeichenfilm, Bau des Schiffes, Oelkessel, elektr.
Ruderanlage etc. Aufnahmen der Jungferreise
Hotel- und Eisenbahnwesen in New York
Kartenvorverkauf an der Theaterkasse

RIESEN CIRCUS
KRONE
Schönerer Allee - Koebbel, Danzigerstr.
Täglich 8 Uhr
abends 8 Uhr
Gigantische
Circus-3 Manegen
Spiele in
Zeit: 1:1:1
85 Sensationen 85
ZOO u. 400 Tiere täglich ab 10 Uhr
vorm. bis abends 7 Uhr geöffnet
Konzert: 2 Kapellen - Saalbesitzer 11 Uhr vorm.
Vorverkauf! Theaterkassen werden
u. an den Gruppenkassen
Nachmittags Ende vor 12 Jahren halbe Preise!

Dawes-
Abkommen-Gesetze
allen Erwerbständen
unenitbarlich
Nr. 32 des Reichsgesetzblatts Teil II
erschienen
Preis 2,40 Goldmark mit üblichem
Preisnachlaß 10, 20, 30 v. H.
Gesetzsammlungsamt
Berlin, Scharnhorstr. 4
(Verkaufszeit von 8-2)

Auf Teilzahlung!
Fahrräder
und Leichtmotorräder
Zetina, Oranienburger Str. 65
Buchhaltung Bilanzen, Steuern,
stundenw. langjähr.
Buchhalt. Kohn, Millastr. 6, Quag., II.

Zurückgekehrt
Dr. Max Eipern
Facharzt f. Haut- u. Geschlechtsk.
Große Frankfurter Straße 37.

Zehnpfennig-Tage!!!
Um bei der heutigen Geldknappheit auch dem verwöhntesten Raucher den
Genuß einer guten Zigarre zu ermöglichen, bieten wir folgende Auswahl feinsten
Uebersee-Zigarren zum Preise von 10 Pf.:
Meisterstücke, Feinfarben-Sortiment, in Kisten zu 25 Stück
Mercurio Ofelias
Tropenblume 1/2 Pfund rein Uebersee-Rauchtabak 50 Pf.
Pinguin-Zigaretten 1 Pfennig
Friedrich Küthmann, Zigarren- u. Tabakhaus, Leipziger Str. 113, Ecke
Mauerstr.

CUPREX
Gegen Ungeziefer
und Tier
Käuflich in Apotheken und Drogerien

Verbandstag der Buchdrucker.

Hamburg, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes fortgesetzt. Braun-Berlin tritt für den Verbandsvorstand ein, dessen Haltung in den verschiedenen Fragen die allgemein richtige gewesen sei. In ähnlichem Sinne sprachen sich Pfingsten-Hannover und Wislang-Weimar aus, der vor Ueberbündelung der Forderungen der Parteien warnte. Rapp-Berlin tritt für den Graphischen Industrie-Verband ein, während Martens-Hamburg vor einer Unterbindung der freien Kritik in den Gewerkschaften warnte. — Nachdem Riesebeck-Berlin vom Verbandsvorstand auf die vorgebrachten Beschwerden eingegangen ist, bezeichnen Hessebart-Weipzig und Albrecht-König ebenfalls die Politik des Verbandsvorstandes als die allein mögliche. Soeliner-Münster und Wegrich-Waing treten für schärferes Zugreifen gegen verbandsschädigende Elemente ein, ebenso König-Halle, der die Ausführungen Albrechts unterstreicht. Wegen einer von der Hamburger Delegation eingebrachte Entschließung gegen die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine wendet sich Müller-Neulingen, während sich Glack-Weipzig gegen die Einführung von Regionaltarifen ausspricht.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 133 ordnungsgemäß gewählten Delegierten. Wahlprotokolle aus Weipzig wurden als unbegründet zurückgewiesen und alle Mandate für gültig erklärt.

In der noch einer kurzen Pause fortgesetzten Aussprache forderten mehrere Redner erneut eine einheitliche Stellungnahme zur Maisfeier sowie eine einheitliche Betriebsratsbeilage für alle Verbände. So sprachen sich u. a. Präter-Riel und Dertel-Chemnitz aus. Reindorf-Hamburg setzt sich energisch für eine Stellungnahme gegen die Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine ein. Tigner-Berlin wendet sich gegen einen Antrag, der die Mitarbeiterchaft am „Graphischen Bloß“ mit Ausschluß bedroht.

Der Vertreter des KDB, Graßmann-Berlin geht auf den Konflikt mit der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine ein und erklärt, die Bundesleitung bestrebe unbedingt auf Abstellung der kritisierten Zustände. Es würden demnächst die verantwortlichen Leiter zu einer Klärung zusammentreten. Zur Maisfeierfrage erklärte er, eine allgemeinerbindliche Anweisung zur Arbeitsruhe könne leicht zu Repressalien der Unternehmer führen. Der Entschluß müsse also den einzelnen Gewerkschaften überlassen bleiben.

Nach einem Schlusswort des Verbandsvorsitzenden Seig wurde gegen eine Stimme folgende Entschließung angenommen:

„Der Verbandstag verurteilt auf das allerhöchste die gewerkschaftszerstörenden Bestrebungen der Kommunistischen Partei. Er macht es allen Funktionären zur Pflicht, derartigen, den Bestand und die Schlagfertigkeit der Organisation schädigenden Handlungen den größten Widerstand entgegenzusetzen. Im Glauben an die baldige Ueberwindung dieser Krankheitserscheinung in der Arbeiterbewegung befundet der Verbandstag, daß die Einführung des Verbandsvorsitzes in den vergangenen Jahren die richtige gewesen ist.“

Ferner fand folgende Entschließung Annahme:

„Der 12. Verbandstag der Buchdrucker verurteilt auf das allerhöchste die Handlungsweise der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine gegenüber der organisierten Arbeiterschaft, insbesondere in der Frage des Uebergehaltsabkommens. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, überall dort, wo sich in den Arbeiterbetrieben und in der Arbeiterschaft nahestehenden Betrieben in bezug auf Verschlechterung der Arbeitsbedingungen Unternehmermethoden eingebürgert haben, energig Schritte zu unternehmen, um diese Zustände zu beseitigen.“

Entschließend wurde dem Verbandsvorstand einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Nach Abschluß der Plenarverhandlungen um 8 Uhr abends nimmt der Verbandstag einen Lichtbildvortrag über technische Fragen entgegen. Die Weiterverhandlungen werden auf Mittwoch vertagt.

Der englische Gewerkschaftskongress.

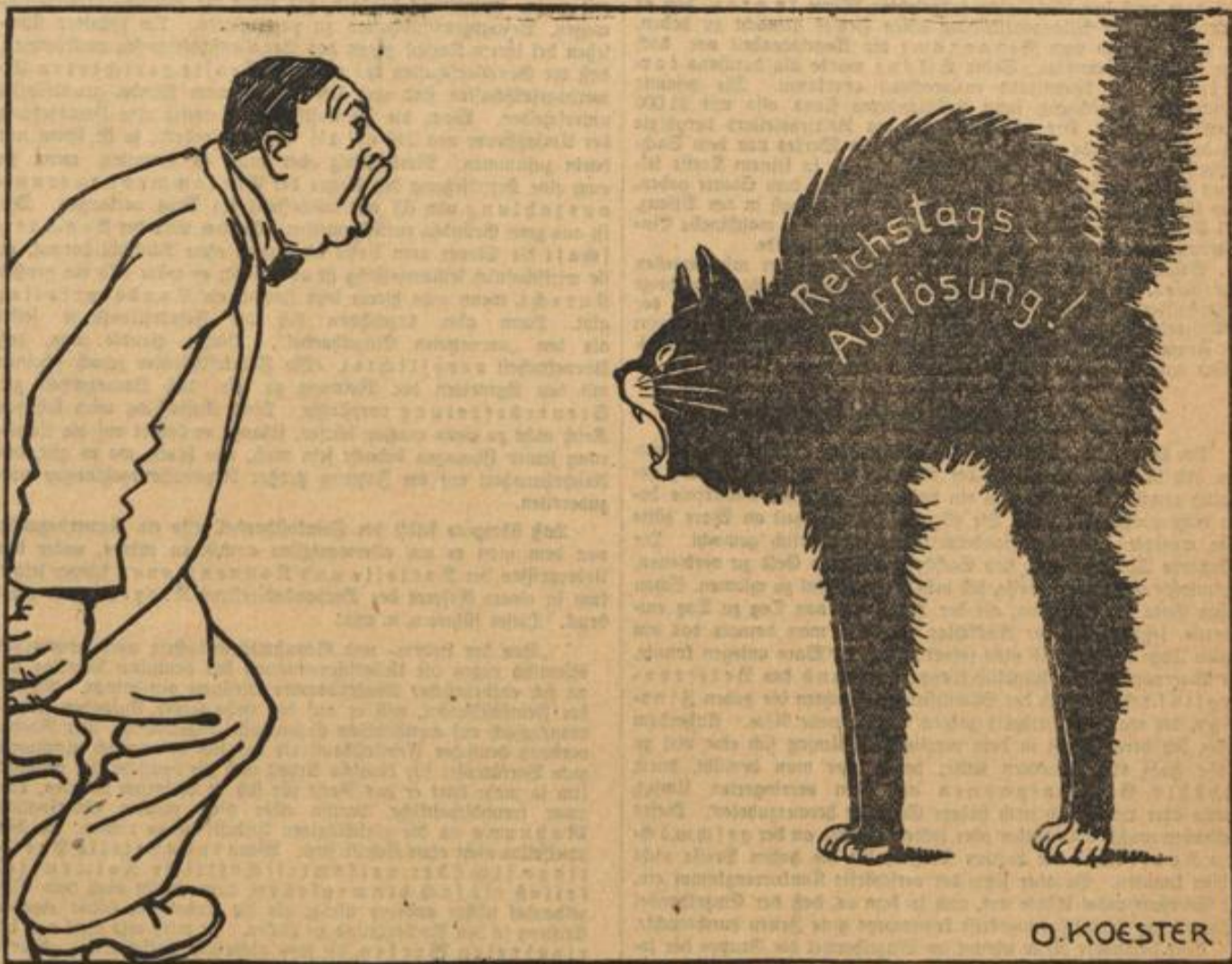
London, 2. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag hat, wie schon gemeldet, in Hull der 56. Kongress der britischen Gewerkschaften begonnen. Ihm kommt inzwischen größere Bedeutung zu als den früheren Kongressen, weil seit den letzten Wahlen und der Einsetzung einer Arbeiterregierung in England die politische Macht der englischen Gewerkschaften deutlich Ausdruck gefunden hat. Der erste Tag des Kongresses war von den Begrüßungsreden ausgefüllt worden. Der Kongresspräsident Purcell führte u. a. folgendes aus:

„Der Beginn der Arbeiterregierung bedeutet nicht nur innerpolitisch einen bedeutsamen Wechsel. Es ist einem Premierminister einer Arbeiterregierung vorbehalten geblieben, auch außenpolitisch eine solche internationale Atmosphäre zu schaffen, in der, so gut es im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt möglich ist, eine Regelung des europäischen Problems in des Bereich der Wahrscheinlichkeit tritt. Wir hoffen alle, daß es der Londoner Pakt ist, der einen ersten Schritt aus dem europäischen Chaos heraus bedeutet. Wenn man an all die furchtbaren Konsequenzen denkt, die sich aus der Selbstwertung, den hohen Preisen bei niedrigen Löhnen, dem langen Arbeitsstag und den unsicheren Verhältnissen des Arbeitsmarktes für die deutsche Arbeiterschaft ergeben, so kann man wohl ohne Uebertriebung sagen, daß der deutsche Arbeiter seinen Anteil an den Reparationen schon abgetragen hat. Der Dawes-Bericht, der als Grundlage der neuen Regelung der Reparationsfragen von allen Beteiligten angenommen worden ist, bedeutet neue Lasten: Erhöhung der Fahrpreise der 4. Klasse sind notwendig; Einkünfte aus der Besteuerung von Lebensmitteln fließen dem internationalen Kapital zu. All das bedeutet, daß neue zusätzliche Lasten auf den Rücken des ohnedies schon überlasteten deutschen Arbeiters gelegt werden. Es bedeutet, daß sich der Machtbesitz des internationalen Kapitals noch mehr ausdehnen im Begriffe ist. Es heißt, daß in einem Zeitpunkt, in dem, aufs ganze gesehen, die politische Macht überall in die Hände der Arbeiterklasse überzugehen scheint, sich die ökonomische Macht mit einer gewissen Unerbittlichkeit und wachsender Geschwindigkeit in der Hand von einer schmalen Gruppe von Finanzmagnaten konzentriert. Es ist hohe Zeit, daß wir uns mit diesem Problem beschäftigen. Man sagt uns: die deutschen Arbeiter stimmen doch dem Dawes-Plan zu und sind um seine ständige Durchführung aufs ängstlichste besorgt! Ist es nicht vielmehr so, daß die deutschen Arbeiter sich nur deshalb hüten, sich der Londoner Regelung zu widersetzen, weil sie der Meinung sind, daß in diesem Falle ihre Lage nur noch viel schlimmer sein wird als im Falle der Annahme? Auf jeden Fall muß die britische Gewerkschaftsbewegung gegen die Operation des Achtstundentages in Deutschland Front machen. Der Achtstundentag muß in Deutschland wieder fest verankert werden und mit ihm würdige Mindestlöhne, die den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft sichern. In diesem Geiste senden wir unsere Grüße den deutschen Gewerkschaften mit dem Ausdruck unserer Hoffnung, daß sich alle deutschen Gewerkschaften (schließlich vereinigen werden, um der Achtstundentag und die Mindestlöhne für alle Arbeitenden zu sichern.“

Am Dienstag hat ein kommunistischer Delegierter die Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale, die

Der Katz und sein Kater.



„Uff — diesmal war's nur ein böser Traum!“

die Amsterdamer und Moskauer Internationale umschließen soll, beantragt. Bemerkenswert war die energische Abfuhr, die der Antragsteller gerade von den Delegierten erfahren hat, die bisher als Freunde der Sowjetregierung angesehen wurden. Bill Thorne, einer der ältesten britischen Sozialisten, sagte, daß die Frage irgendeiner Zusammenarbeit der britischen Gewerkschaften mit der dritten Internationale gar nicht diskutierbar sei. Außerdem sei die unverschämte Sprache der Bolschewisten, die die alten Gewerkschaften als „Geißel“ bezeichnen, ein unüberwindliches Hindernis für ein organisatorisches Zusammenarbeiten. Als eine kommunistische Delegierte aus Manchester dagegen protestierte, wurde dieser Protest durch einen Sturm der Entrüstung erstickt. James Sexton, ebenfalls einer der ältesten britischen Gewerkschafter, sagte, man wirft uns von Moskau her Sympathien für den Kapitalismus vor, aber wir werden nicht verkraften, daß die Sowjetregierung ihren völligen Mißerfolg dadurch eingestanden habe, daß sie jüngst in ein kapitalistisches Land (England) getommen sei, um sich dort Geld zu borgen.

Nachdem die Bolschewisten auf dem Kontinent immer mehr zurückgedrängt werden, konzentrieren sie ihre Angriffe gegen die Einheit der Arbeiterbewegung auf England. Sie verfahren dabei nach ihrer alten Methode. Die verantwortlichen Führer der Arbeiterbewegung, die heute in der Regierung sitzen, werden als Verräter beschimpft, wobei es den Bolschewisten nichts ausmacht, daß die englische Regierung sich mit der russischen Regierung vor kurzem verständigt hat. Gleichzeitig mit dieser Verteufelungskampagne versucht man den linken Flügel der Arbeiterpartei einzufangen und läßt durch dessen Wortführer verstanden, daß man weiter nichts wünsche und wolle, als eine allgemeine Verbrüderung der Arbeiter. Daß u. a. die schwerindustrielle Telegraphen-Union sich für dieses bolschewistische Sprengungsmandat begeistert, ist nicht sonderlich überraschend.

Wirtschaft

Ein deutschnationaler Börsenerfolg.

Der Aufwertungsrummel, der von den Steuerbrüderbergen der Rechtsparteien in demagogischer Weise inszeniert wurde, setzte sich, wie wir bereits in unserem gestrigen Börsenbericht mitteilten, neuerdings verschärft fort. Kriegsanleihe, die noch Ende Mai 70,5 und Anfang August 358 Milliarden notierte, hat gestern die Grenze von 1 Billion Prozent überschritten. Das macht zwar erst ein Goldprozent, da eine Goldmark gleich einer Billion Papiermark ist; aber nicht die absolute Höhe, sondern die Bewegung ist bezeichnend für die riesigen Gewinne, die die Spekulanten dadurch erzielt hat. Wer die Bewegung rechtzeitig übernahm und Kriegsanleihe um 40 Milliarden Prozent kauft, hat heute mehr als das 25fache verdient. Wer erst vor etwa 10 Wochen „einstieg“, hat das 10fache seines Einsatzes herausgeholt. Erhebliche Schwankungen nach oben und unten vermehrten die Gewinnmöglichkeit des gerissenen Spekulantentums.

Die ganze Spekulation stützt sich darauf, daß gewisse bürgerliche Kreise mit den Deutschnationalen an der Spitze eine allgemeine Aufwertung der Kriegsanleihe betreiben. Während Tausende von hilflos gewordenen Rentnern den Verlust ihrer letzten Spargrößen beklagen, will man nicht etwa diese ausreichend entschädigen, sondern die Aufwertung zugunsten der Spekulanten, die in der letzten Zeit und vor Monaten massenhaft Kriegsanleihe zu billigen Preisen gekauft und zum Teil jetzt schon Millionenvermögen verdient haben. Die Bewegung erhielt einen neuen Antrieb, seit die Deutschnationalen durch ihren Umfall am letzten Freitag sich „regierungsfähig“ gemacht haben und der Bürgerblock in die Nähe gerückt ist. Am Donnerstag, den 28. August, war der Einheitskurs für Kriegsanleihe 749, am gestrigen Dienstag 1040 Milliarden.

Die Spekulation in Kriegsanleihen, die übrigens von einer Kursstreberei anderer Papiermarktwerte begleitet war, ist vornehmlich die Folge des von den Deutschnationalen inszenierten Aufwertungsrummels. Die Kursstreberei geht so weit, daß einige von ihnen betroffene Staatsanleihen heute noch ihrem Kurswert einen

höheren Betrag darstellen als die Summe, die den Körperschaften durch die betreffende Anleihe zugeflossen ist. Darin, daß schließlich kein Gemeinwesen mehr Schulden zurückzahlen kann als es in Goldmark erhalten hat, tritt das Widersinnige der spekulativen Wachsenschichten auf das deutlichste zutage.

Natürlich fehlt es nicht an Gerüchten, mit denen man die Rentenhäufte begründet. Immer wieder behauptet man, daß das Reich Kriegsanleihe kaufe. Das trifft — wie uns von zuständiger Seite nachdrücklich versichert wird, keinesfalls zu. Auch der Umstand, daß die „Reichsanleihe Aktiengesellschaft“ demnächst kündigungsgemäß auf das Reich übergeht, ist sachlich kein Grund zu besonderen Hoffnungen der Kriegsanleihegläubiger. Die Regierung denkt nicht an eine Aufwertung ihrer Schuldtitel. Die Sozialdemokratie setzt sich zwar für eine Hilfeleistung an bedürftige Kleinrentner, niemals aber für eine Förderung der Spekulanten ein. Das überläßt sie denjenigen Leuten, die auf Juden und Spekulanten schimpfen, selbst aber die Anleihehäufte mit allen Mitteln der Demagogie begünstigen.

Volkswirtschaftlich ist der Schaden, der durch die Treiberei am Rentenmarkt geschieht, ungeheuer. Produktionsbetriebe liegen still, weil sie den Absatz nicht finanzieren können. Oft müssen aus Kredit- und Kapitalmangel selbst Auslandsaufträge unerledigt bleiben. Vor den Arbeitsnachweiserstaaten stehen die Arbeitsuchenden. Gewaltige Geldsummen aber jaden Anlage in Papieren, die vorläufig nichts als Makulatur sind, nur weil kapitalkräftige Kreise die Hoffnung auf Aufwertung auszunutzen verstehen. Die unproduktivste Kapitalanlage ist es, der das Geld zusteht. Kein Stein, Kohle, keine Schraube wird deswegen mehr produziert. Die Spekulanten aber füllen sich die Taschen.

Das ist der Sinn und Enderfolg reaktionärer Wirtschaftspolitik. Werteschöpfende Arbeit wird verhindert, die Spekulation wird großgezüchtet. So endet das Werk eines Helferrich und Haverstein, die Inflation, so wirkt auch der Bürgerblock der Umfallmänner keine Schatten voraus. Das deutsche Volk kann sich zu solchen „Schützern“ der nationalen Arbeit alles Glück wünschen.

Das Versagen der Vermögenssteuern.

Gewaltig ist die Belastung, die die Durchführung des Dawes-Planes dem deutschen Volke bringt. Darüber kann kein Zweifel bestehen, auch wenn man erkennt, daß die Annahme des Londoner Vertrages immer noch ein besserer Ausweg ist, als das wirtschaftliche Chaos, das die unvermeidliche Folge seiner Ablehnung gewesen wäre. Das Bemühen der bürgerlichen Parteien geht nun dahin, die aus der Erfüllung des Londoner Vertrages entstehenden Lasten auf die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung abzuwälzen. Schon jetzt ist der Anteil der Verbrauchssteuern am Steuerertrag des Reiches im Wachsen. Das starke Interesse, das die Reichsregierung an der Zollvorlage zeigt, ist ebenfalls von finanziellen Interessen diktiert und von dem Streben der Unternehmer, durch Warenpreiserhöhungen die ihnen zugeordneten Steuern und Abgaben auf den Käufer der Ware, also die Verbraucher, abzubürden.

Soll das verhindert werden, so kommt es darauf an, die bestehenden Vermögenssteuern wirksam zu machen. Wie sehr diese bisher versagten, wie sie tatsächlich vorhandenes Vermögen oft unbesteuert ließen, dafür wird uns folgendes Beispiel mitteilen:

Im vergangenen Winter hat das Reichsfinanzministerium eingehende Richtlinien herausgegeben über die Bewertung der maschinellen Betriebsanlagen bei Aufstellung der geschäftlichen Bilanz. Der Direktor eines mittleren Betriebes schätzte den Gebrauchswert der maschinellen Einrichtung auf rund 100 000 Mark ab. Als er jedoch bei Aufstellung der Goldbilanz genau die ministeriellen Richtlinien berücksichtigte, kam nur ein Gesamtwert von 21 000 Mark heraus. Die Differenz war vornehmlich dadurch entstanden, daß gewisse Betriebsmaschinen nach den Richtlinien nur eine fünfjährige Gebrauchsfähigkeit haben sollen, so daß jährlich zwanzig Prozent abzuschrei-

